

Volkswacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expediton (Kurze 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 6 und Neue Postenstraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 33 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagssort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt **Dreslau Nr. 5852**
Bankkonto: **Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau**
Anderlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tage 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verlosungen, Verlosungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feine Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Kurze 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Schluß der Königsberger Konferenz.

Befriedigendes Ergebnis. — Fortsetzung der Verhandlungen.

Berlin, 3. April. (Eig. Funkbericht.)

Die Königsberger Verhandlungen zwischen Polen und Litauen sollten nur den Charakter einer Vor-Konferenz haben, obwohl sich Ministerpräsident Woldemaras und Außenminister Jaleski in eigener Person dorthin bemüht hatten. Es bestand allerdings die Befürchtung, daß selbst diese persönliche Zusammenkunft völlig ergebnislos verlaufen würde, da Litauen immer wieder erklärt hatte, es müsse die Wilnafrage in den Vordergrund stellen, während Polen jede Diskussion über Grenz- und Besitzfragen von vornherein kategorisch ablehnte.

Nach dreitägigen Verhandlungen hat die Konferenz gestern abend einen Abschluß gefunden, der weitere Verhandlungen ermöglicht und auch vorseht. Es sind drei Unterausschüsse gebildet worden, die folgende Fragenkomplexe prüfen sollen: Wirtschafts- und Verkehrsfragen, Aufenthaltsrecht, Passformalitäten und kleiner Grenzverkehr, Sicherheits- und Entschädigungsfragen.

Litauen hat Entschädigungsansprüche für die Schäden geltend gemacht, die ihm durch den Jeligowski-Handstreich auf Wilna im Jahre 1920 zugefügt wurden. Polen hat diese Ansprüche nicht grundsätzlich zurückgewiesen. Was die Sicherheitsfrage betrifft, so weist Litauen insbesondere auf die Pleist-Gaizis-Banden hin, die angeblich mit polnischer Unterstützung aufgestellt werden und versuchen, in litauisches Gebiet einzudringen. Polen bestreitet die Richtigkeit dieser Angaben, hat indessen in Königsberg den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vorgezogen.

In öffentlicher Sitzung am Montag fand ein langes Rededuell zwischen Woldemaras und Jaleski statt, in dem der Litauer immer wieder auf das Problem Wilna einging, während Jaleski einer Erörterung dieser Frage konsequent auswich. Wie hartnäckig Litauen an seinem Standpunkt festhält, beweist die Bemerkung Woldemaras über die Unmöglichkeit der Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Polen: Er könnte als litauischer Ministerpräsident einen polnischen Gesandten nur in der ehemaligen Hauptstadt Litauens, Wilna, empfangen.

Allein diese Redewendung zeigt, daß noch ein sehr weiter und schwieriger Weg bis zum erfolgreichen Abschluß der vom Völkerbundsrat empfohlenen direkten polnisch-litauischen Verhandlungen zurückzulegen sein wird. Daß man sich dennoch auf die Einsetzung von drei Kommissionen geeinigt hat, die demnächst in Warschau, Romno und Berlin zusammenzutreten sollen, bedeutet immerhin einen ersten Erfolg dieser direkten Aussprache.

Vor dem Wahlkampf.

Uns wird geschrieben:

Der Reichstag ist aufgelöst. Noch wenige Tage, und das deutsche Volk steht mitten im Wahlkampf.

Der Reichstag vom Dezember 1924 hat keine Reichsregierung erlebt, in der Sozialdemokraten saßen. Er fand von Anfang an im Zeichen bürgerlicher Regierungskoalition, und er starb frühzeitig, weil es kaum noch eine Möglichkeit gab, mit seinen Mehrheitsverhältnissen positive politische Arbeit zu leisten.

Die Kämpfe der nächsten Wochen werden sich von allen Reichstagswahlkämpfen, die unter dem republikanischen Regime in Deutschland geführt worden sind, wesentlich unterscheiden. In den Wahlen zum ersten Reichstag der Republik und auch noch im Mai 1924 ging es um die Fragen der Staatsform und der Außenpolitik. Noch keine bürgerliche Partei, mit Ausnahme der Demokraten, hatte sich damals mit der Republik abgefunden, und auch die allein mögliche außenpolitische Linie, die bereits von den sozialdemokratischen Volksbeauftragten gezeichnet und später von Rathenau entschlossen eingehalten worden war, fand noch keineswegs die einstimmige Zustimmung der bürgerlichen Mittelparteien.

Schon lange hatte Stresemann sich zu den von Rathenau verfolgten außenpolitischen Prinzipien bekannt, aber als die Deutsche Volkspartei gewacht wurde, die seine außenpolitische Visionen den Deutschnationalen die Massen zutrieb, vermied sie es, mit Rücksicht auf die Konkurrenz von rechts, sich bei den Wahlen auf den Boden der Stresemannschen Politik zu stellen. Auch der republikanische Gedanke hatte sich 1924 noch nicht durchgesetzt. Nicht nur der Wahlkampf der Deutschnationalen, sondern auch der Wahlkampf der Volkspartei wurde unter Schwarz-

weiß-roten Fahnen geführt, und als der alte Marschall Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, sah noch so mancher in ihm den Platzhalter für den kommenden Monarchen.

Seitdem ist manches anders geworden. Die deutschnationalen Führer sind in die Regierung gekommen und haben sich wohl oder übel mit der Außenpolitik Stresemanns abfinden müssen. Aber sie haben auch nur das getan. Die deutschnationalen Minister im Reichsstadion sind zwar mit für die Linie verantwortlich, in der sich die gegenwärtige deutsche Außenpolitik bewegt, die deutschnationalen Zeitungen aber hegen genau so wie die nationalistischen Boulevardblätter in Paris, mit dem Erfolg, daß seit Locarno und Thoiry die Politik der Verständigung nicht weiter gekommen ist und daß unter der Mitregierung der Deutschnationalen von der früheren Räumung des Rheinlandes überhaupt nicht mehr gesprochen wird.

Ebenso zwiespältig ist die Haltung der Rechtsparteien zur Republik. Wohl haben die deutschnationalen Minister der republikanischen Verfassung Treue gelobt, wohl hat Reichspräsident Hindenburg seinen Eid auf die schwarz-rot-goldenen Farben geschworen, wohl stellen sich die Führer der Deutschen Volkspartei auf den Boden der gegebenen Tatsachen, dennoch haben beide Rechtsparteien noch die alte Liebe zur Monarchie. Selbst ein Zentrumsführer betonte kürzlich, daß das Zentrum keineswegs aus prinzipiellen Gründen republikanisch sei, sondern daß es sich lediglich mit der geltenden republikanischen Staatsform abfinde.

Kurz gefaßt: die innen- und außenpolitische Linie, die seit der großen Ummwälzung von 1918 von der Sozialdemokratie eingehalten worden ist, wird von den Parteien der Rechten zwar nicht mehr bekämpft, weil sie sie selber als Regierungsparteien einhalten mußten, sie wird aber mit Ausnahme der Demokratischen Partei auch noch von keiner bürgerlichen Partei verfochten. Die Haltung der bürgerlichen Parteien zu den großen Lebensfragen der deutschen Republik entspringt nicht freier Entschiedenheit, sondern dem Zwang, der niemals willensbildend sein kann und von dem aus daher auch niemals positive republikanische Politik getrieben werden kann.

Die deutsche Republik soll nach der Verfassung von Weimar eine soziale sein. Die bürgerlichen Regierungen, die unter dem Reichstag von 1924 an ihrer Spitze standen, haben sie zu einem Werkzeug der Plutokratie degradiert. Nicht genug, daß den Großagrariern und den Großindustriellen der

Reich reichliche Gewinne in den Schoß wirft, ihre Agenten in den Rechtsparteien haben auch noch die Staatsmaschinerie in Bewegung gesetzt, um ihnen einen noch größeren Gewinn zuzuschlagen. Die Zölle haben die Preise der Lebensmittel und vieler anderer Dinge erhöht. Die Steuerpolitik hat den großen Besitz gespart und die Massen des Volkes maßlos belastet. Der Achtstundentag ist durchbrochen worden, die Personalpolitik in den Reichsämtern, in der Reichswehr und Reichsmarine, hat Männer, deren Sinn zum alten System steht, an führende Stellen gebracht.

Unter dem Regime des Bürgerbunds hat in der Republik von Weimar der Geldfisch und nicht das Volk regiert.

Zu einer Republik, die diesen Entwicklungsgang nahm, konnte die Demokratie des Auslandes nur noch geringes Vertrauen haben, zumal trotz der zwangsläufigen Befolgung der außenpolitischen Linie der Verständigung die Deutschnationalen im Auswärtigen Amt wie in den Botschaften und Gesandtschaften noch immer von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Möglich war das alles, weil zwar die Wahlen vom Dezember 1924 den deutschnationalen Einfluß gegenüber dem Mai 1924 wesentlich zurückgedrängt hatten, aber die Sozialdemokratie mit ihren 131 Mandaten doch nicht so stark geworden war, daß sie entscheidenden Einfluß auf den Gang der deutschen Politik auszuüben vermochte. Sie konnte das um so weniger, weil die steigende Stimmenzahl der sozialdemokratischen Partei bei allen Wahlen der letzten Jahre die bürgerlichen Parteien im Reichstag zu immer festerem Zusammenschluß und zum Bürgerbund trieb, um für das Bürgertum zu retten, was zu retten war, noch ehe die Sozialdemokratie wieder entscheidende politische Bedeutung im Reichstag erlangen konnte.

Als der Reichstag auseinanderging, lag der Bürgerbund schon lange in Trümmern. Er war zusammengebrochen an seiner eigenen Unzulänglichkeit. Noch in den letzten Stunden des sterbenden Reichstages aber hat die Sozialdemokratie ihre ganze Offensivkraft gezeigt. Kein Parteiführer hat mit der gleichen Klarheit wie Otto Wels das Programm seiner Partei entwickelt. Keine Parteiorganisation in Deutschland ist so fest und kampfbereit wie die der Sozialdemokratie. Die Ausschaltung der Sozialdemokratie in den vier Jahren, in denen Deutschland bürgerlich regiert wurde, hat die arbeitenden Massen leidend gemacht. Die bitteren Früchte, die vom Baum des Bürgerbunds fielen, haben sie erkennen gelehrt, wie das Bürgertum politische Macht in klingenden Gewinn für seine Klasse umzumünzen versteht, wenn es allein regiert.

Und so tritt die deutsche Sozialdemokratie in den Kampf um die Macht. Gegen die Herrschaft der Plutokratie, für die Anteilnahme der arbeitenden Massen an der Führung des Staates! Gegen nationalistische Verheerung, für die Verständigung der Völker! Für sozialistische und demokratische Innen- und Außenpolitik! Und die Sache des Volkes soll siegen!

Die Korruption bei der Reichsbahn.

Neuer Skandal beim Eisenbahnzentralamt. — Außerst sonderbare Geschäfte.

Die Deutsche Reichseisenbahn macht mitunter recht merkwürdige Geschäfte; während sie auf der einen Seite die Tarife erhöht und die Wirtschaft stark belasten will, ist sie auf der anderen Seite in der Lage, sozusagen Geld zu verschenken. Zum mindesten gilt das Gesagte für das Eisenbahnzentralamt. Das ist die Stelle, die sich mit der Materialbeschaffung für die gesamte deutsche Reichseisenbahn befaßt.

Nach vor einigen Tagen ist dieses Amt im Zusammenhang mit großen Verrechnungsaffären genannt worden. Jetzt bespricht man in Berliner Kreisen ein Metallgeschäft, das zwischen dem Zentralamt und einer Berliner Firma abgeschlossen wurde. Es handelt sich um den Verkauf von Rotguss, und zwar soll das Eisenbahnzentralamt mit sogenanntem Eisenbahnrotguss Nr. 5, der aus einer Legierung von 85 Prozent Kupfer, 5 Prozent Zinn und zum Rest aus anderen Metallen besteht, zu einem Preise verkauft haben, der weit unter dem Marktpreis liegt. Wir können uns denken, daß das Eisenbahnzentralamt erwerbslos auch als Verkäufer auftritt. Eigentümlich an diesem Geschäft, das rund eine Million Reichsmark ausmacht, ist jedoch die Tatsache, daß der Eisenbahnbau der Kaiser verpflichtet hat, die überkommene Menge Rotguss innerhalb eines Zeitraumes von 8 bis 12 Monaten zurückzuliefern. Das Zentralamt sorgt der Berliner Firma gewissermaßen für eine Willkür Markt Rotguss — und läßt sich dafür sage und schreibe vier Prozent bezahlen, während der Reichsbankdiskont 7 Prozent beträgt und Privatkredit

um etwas anderes handelt es sich bei diesem Geschäft ja nicht, aus erster Hand kaum unter 9 bis 10 Prozent zu haben ist.

Im Grunde genommen, dürften derartige Geschäfte in erster Linie den Reichsbankpräsidenten interessieren. Aber auch sonst wirkt der Handel ein eigentümliches Licht auf die Geschäftsmethoden des Eisenbahnzentralamtes. Wie es scheint, hat die Metall-Beschaffungstelle beim Eisenbahnzentralamt falsch disponiert. Sie hat allem Anschein nach zu viel Rotguss gekauft; um das Material nicht nutzlos liegen zu lassen, verleiht man es zu einem Zinsfuß, der in keinem Verhältnis zu den Sätzen am Geldmarkt steht und der unmittelbarer Verlust bedeutet. Die haarsträubige, die Pfennigaltkulation, scheint sich bei der Reichseisenbahn noch nicht eingebürgert zu haben. Dagegen gratifiziert aber die Reizung, die Tarife ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage zu erhöhen.

Die Nationalisten gegen die Kirche.

In Frankreich — Demonstrationen bei einem Gottesdienst. Paris, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand es in Perpignan der heiligsten Messe in der Kathedrale zu schweren Zwischenfällen. Als der Priester die letzte Beerdigung des Bischofs gegen die „Action française“ verlas, erhoben sich einige Dutzend junger Leute und verließen ostentativ die Kirche. Dabei ließen sie Verwünschungen wie „Berrade, Schult und Tache“ aus. Nach Schluß des Gottesdienstes kam es zu einer Demonstration, die sich durch das Domänenamt der Polizei ein Ende fand.

Poincarés Schwelung.

Er bekennt sich zur Versöhnungspolitik Briands.

Paris, 2. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Rede des Ministerpräsidenten am Sonntag in Carcassone, die zwar innenpolitisch weniger befriedigend ausgefallen ist, weil Poincaré nur wieder die Politik der republikanischen Konzentration propagierte und für die Vollendung der Stabilisierung die ganze nächste Legislaturperiode verlangte, muß in außenpolitischer Hinsicht als eine entscheidende Umkehr des Ruhrpolitikers Poincaré zu der Versöhnungspolitik Briands gewertet werden. Es hat selbst in eingeweihten französischen Kreisen großes Erstaunen hervorgerufen, daß Poincaré sich nicht nur mit größter Entschiedenheit für die Versöhnung mit Deutschland ausgesprochen, sondern daß er sogar darüber hinaus eine internationale Konferenz zur Regelung der Reparations- und Kriegsschulden ankündigen konnte. Gerade diese Ankündigung aber muß als sehr bedeutsame Wendung in der Auffassung Poincarés angesehen werden. Man erinnert sich vielleicht noch, daß er im Herbst des vergangenen Jahres, als im Anschluß an den Bericht des Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen Parker Gilbert zum ersten Male der Gedanke einer Revision des Dawesplans auftauchte, einen Brief an die Reparationskommission sandte und gleichzeitig in öffentlicher Kammererklärung erklärte, die Gesamtsumme der deutschen Reparationsverpflichtungen sei ein für allemal im Londoner Zahlungsplan auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt.

Der Ministerpräsident der französischen Republik hat als Wahlkämpfer gesprochen. Aber auch dieser Umstand macht seine Ausführungen nicht wertlos. Im Gegenteil: gerade die Sozialisten, die immer wieder gelagt haben, daß sich eines Tages alle Republikaner versäufeln, haben diese Ausführungen Poincarés mitten im Wahlkampf zu begrüßen. Der französische Ministerpräsident ist immer ein guter Psychologe gewesen. Als nach dem Krieg die versprochene Seite nicht in vollem Umfange eingeholt werden konnte, inszenierte er die Ruhrpolitik, durch die der letzte schuldige Großscheck aus Deutschland herausgepreßt werden sollte. Ob er selber daran geglaubt hat, weiß kein Mensch. Nur eins ist sicher: Dieser Revanchegedanke war damals in Frankreich vorherrschende politische Stimmung. Wenn Poincaré heute für die feste Abgrenzung der deutschen Verpflichtungen, für eine internationale Regelung des Kriegsschuldenproblems und, allerdings in wenig markanten Wendungen, für die Verständigung der Völker spricht, so weiß er, weshalb Frankreich nicht heute jede Volkstimmung, die gestärkt Revanchereden zu halten, auch das französische Volk ist aus der Kriegs- und Nachkriegspsychologie heraus und will in Ruhe leben und arbeiten. Und das, nicht die Rede Poincarés, ist das Positive. Poincarés Rede ist Ausdruck der Stimmung. Sie ist nur möglich, weil große Massen der Wähler sich Verständigungspolitik wollen. Das ist das Entscheidende. Und die Deutschen, die in französischen und die englischen Sozialisten haben in diesem Wahlkampf die große Aufgabe, diesen Stimmungsumschwung der Mehrheit der Bevölkerung Europas so sicher in parlamentarischen Mandaten festzulegen, daß die Politik der führenden europäischen Regierungen in die Richtung der Völkerverständigung hinein gezwungen wird.

Kr. Die vorstehend angegebenen Gründe für die auf-fallende Schwelung Poincarés in seiner außenpolitischen Einstellung sind gewiß nicht falsch, sie scheinen uns aber nur einen Teil der Ursachen dieser Schwelung wiederzugeben. Wir glauben nicht, daß Poincaré sich allein durch die veränderte Stimmung in Frankreich zu dieser grundlegenden Revision seiner Außenpolitik veranlaßt gefühlt hätte, wenn nicht noch andere Gründe, die schwerer wiegen, für ihn maßgebend wären. Denn Poincaré hat sich auch in der Vergangenheit nicht selten, zeitweise eine Politik gegen die Stimmung des größten Teils des französischen Volkes zu machen. Er scheint durchaus nicht immer so auf Anwendung seiner Politik an die Volkstimmungen aus zu sein, wie man an manchen Stellen glaubt. Er hat zum Beispiel nach Beendigung des Ruhrkampfes seine Ruhrpolitik noch über ein halbes Jahr lang unverändert fortgeführt, obwohl die Stimmung in Frankreich längst umgeschlagen war. Der beste Beweis dafür ist seine große Wahlniederlage vom Mai 1924. Auch im letzten Jahr hat er noch seine alte Außenpolitik, wenn auch, durch die Notwendigkeit, mit den Radikalen innenpolitisch zusammenzugehen, gezwungen, in abgeschwächter Form, sehr zum Schaden Briands, dem dadurch in seiner Außenpolitik die Hände gebunden waren, fortgeführt, obwohl auch während dieser Zeit in Frankreich die Volkstimmungen durchweg für Weiterführung der Verständigungspolitik mit Deutschland war. Wenn er jetzt plötzlich

dieser Stimmung nachzugeben für nötig hält, so müssen ihn dazu noch andere Gründe bewegt haben.

Es ist auch gar nicht schwer, diese Gründe zu finden. Es sind wirtschaftliche und finanzielle Gründe. Es ist kein Zufall, daß Poincarés außenpolitische Schwelung besonders in einer Veränderung seiner Stellungnahme zum Dawesplan zum Ausdruck kommt. Poincarés große innenpolitische Aufgabe während der letzten 1 1/2 Jahre war, die französischen Finanzen endlich in Ordnung zu bringen, die Stabilität der französischen Währung wiederherzustellen und Frankreichs Wirtschaftsleben einen neuen Impuls zu geben. Soweit das rein Finanz- und Währungs-technische dabei in Frage kommt, hat er diese Aufgabe auch mit der ihm eigenen Fähigkeit und Energie durchgeführt. Niemand ist sich aber darüber weniger klar als Poincaré selbst, daß dies nur der erste Teil der Aufgabe ist. Gerade deshalb stellt er ja auch in seinen Wahlreden die Forderung in den Vordergrund, daß ihm in der kommenden Legislaturperiode des französischen Parlaments noch die Zeit und politische Macht gegeben werden müßten, um diese Aufgabe endgültig durchzuführen. Diese Aufgabe ist aber nicht zu lösen ohne eine Lösung der Frage der internationalen Verschuldung, die aus dem Kriege erwachsen ist. Sie ist nicht zu lösen ohne Lösung der Reparationsfrage, auf der einen Seite und der Frage der Schuldzahlung Frankreichs an Amerika auf der anderen Seite.

In den letzten Jahren ist Frankreich in seiner Außen- und in seiner Wirtschaftspolitik immer wieder auf das Hindernis gestoßen, daß die Vereinigten Staaten Frankreich keine Zugeständnisse machen wollten, bevor Frankreich sich nicht zur Zahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten bereit erklärt hat in einer Form, die deren Ansprüche genügt. Frankreich kann seine Schulden an Amerika in dem von Amerika verlangten beschleunigten Tempo aber nur bezahlen, wenn es von Deutschland schnell große Summen hereinbekommt. Der Dawesplan ist aber gerade darauf eingestellt, die Jahreszahlungen, die Deutschland zu leisten hat, nicht über ein bestimmtes Maß hinausgehen zu lassen, sondern die Zahlungen auf möglichst lange Zeit zu verteilen. Infolgedessen gibt der Dawesplan Frankreich an Reparationszahlungen nicht, was es zur Zahlung seiner Schulden und zur Wiedergutmachung im eigenen Lande braucht. Daher ist auch schon wiederholt in Frankreich der Plan aufgetreten, die deutsche Reparationsschuld wenigstens zum Teil zu mobilisieren, um auf diese Weise für Frankreich sofort eine größere Zahl von Milliarden flüssig zu machen, die es dann an die Vereinigten Staaten weitergeben kann. Hier liegt der wahre Grund, weshalb Poincaré jetzt selbst für eine Revision des Dawesplanes ist. Da er aber natürlich auch weiß, daß diese Revision des Dawesplanes nur mit Zustimmung Deutschlands durchgeführt werden kann und daß die Zustimmung Deutschlands nur durch eine erhebliche Herabsetzung der Reparationsschuld zu erlangen ist, so ist Poincaré jetzt auch bereit, u. U. in eine solche Herabsetzung zu willigen. Um aber diese Politik durchführen zu können, braucht er auch eine weitgehende politische Verständigung mit Deutschland; und das ist der Grund, weshalb er jetzt in die Bahnen der Briandschen Außenpolitik einbiegt.

Diese Tatsachen sind es auch, die die Stimmung im französischen Volk selbst beeinflussen. Und so laufen gegenwärtig aus dem gleichen Grunde das politische Interesse Poincarés und der hinter ihm stehenden Parteien und sozialen Gruppen und die Stimmung des französischen Volkes parallel. Poincaré war von jeher der politische Exponent des Großkapitals, der Großfinanz und der Großindustrie. Gerade diese Gruppen aber brauchen aus innenpolitischem und aus wirtschaftlichem Interesse eine endliche Bereinigung der Schuldenfrage, wie sie aus allgemein wirtschaftlichen Interessen eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland brauchen. Poincaré handelt deshalb gerade auch bei dieser neuen Einstellung seiner Außenpolitik wiederum als typischer Vertreter des französischen Großkapitals. Solange das französische Großkapital noch glaubte, die deutsche Großindustrie durch die Ruhrpolitik kaputt machen oder in die eigene Hand bekommen zu können, um sich auf diese Weise einen lästigen Konkurrenten vom Halbe zu schaffen, solange trieb Poincaré seine Ruhrpolitik. Nachdem nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen dieser Versuch endgültig gescheitert ist und das französische Großkapital und insbesondere die französische Schwerindustrie den Weg zur wirtschaftlichen Verständigung mit der deutschen Großindustrie gefunden haben (vgl. das internationale Stahlkartell), seitdem ist auch die intransigente Politik Poincarés gegen Deutschland

hinnlos geworden, und es mußte früher oder später der Zeitpunkt kommen, in dem Poincaré seine außenpolitische Stellung revidieren mußte.

Für Briand bedeutet diese Schwelung Poincarés zweifellos einen großen Triumph. Ob diese Entwicklung Briands persönlicher Karriere wieder einen Anstoß nach oben geben wird, erscheint zwar zweifelhaft, denn obwohl sich Poincaré jetzt der besseren Einsicht Briands beugt und die Politik, die Briand bereits jahrelang, zeitweise im heftigsten Kampf gegen Poincaré, durchgeführt hat, als richtig für Frankreich anerkennt, stehen doch die stärksten politischen und wirtschaftlichen Kräfte hinter Poincaré, und es kann deshalb sehr leicht die Folge sein, daß Poincaré gerade infolge seiner Schwelung Briand beiseite drängen und sich selber zum Leiter der französischen Außenpolitik aufschwinger wird, nachdem der Gegensatz zwischen ihm und der großen Mehrheit des französischen Volkes in diesem Punkte verschwunden ist. Aber Briands politische Auffassung hat einen großen Sieg errungen. Seine geschichtliche Stellung wird durch diese Einschwenkung Poincarés in seine Bahnen sicherlich sehr viel bedeutender und gewichtiger werden, als sie bisher schon war.

Fast 3 Millionen neue Wahlberechtigte.

Die Zahl der Wahlberechtigten für die Reichstagswahlen ist nur schätzungsweise zu ermitteln. Für die Dezemberwahl 1924 waren 38 375 000 Wahlberechtigte in die Wählerlisten eingetragen. Für die diesjährige Reichstagswahl wird diese Zahl schätzungsweise 41 250 000 Stimmberechtigte umfassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der in die Wählerlisten Eingetragenen höher ist, als die auf Grund der Volkszählung ermittelte, weil die Stimmlisten nicht in der nötigen Weise fortlaufend bereinigt und zum Beispiel durch Tod Ausschließene nicht sofort gestrichen werden. So betrug die Differenz zwischen der auf Grund der Volkszählung geschätzten Zahl und der Zahl der für den Volksscheid Juni 1926 in die Listen eingetragenen Wahlberechtigten 1,2 Prozent. Für die heutige Reichstagswahl wird die Zahl der Wahlberechtigten auf Grund der Volkszählung auf 40 770 000 geschätzt, das ist um 480 000 Stimmen niedriger, als in die Stimmlisten eingetragen sind. Die Zahl der Erstwähler, das heißt derjenigen Wähler, die das wahlfähige Alter seit der letzten Reichstagswahl erreicht haben und zum ersten Male das Wahlrecht ausüben, betrug im Dezember 1924 circa 3 087 000; für die heutige Reichstagswahl wird die Zahl der Erstwähler schätzungsweise 2 875 000 betragen, sie ist also um 162 000, das sind 5,3 Prozent, zurückgegangen.

Zusammentritt des Kontrollausschusses.

Der für die Kontrolle bei Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms eingesetzte 33. Ausschuss des Reichstags hielt nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstags vom Sonnabend noch eine kurze Beratung ab. Er beschloß infolge Rücksprache mit dem Reichsrat und im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsminister Schiele, die nächste Sitzung am Mittwoch, den 18. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, abzuhalten und von diesem Tage ab parallel mit dem Reichsrat zu tagen. Der Ausschuss erwartet, daß seinen Mitgliedern das Material des Ministeriums bis zum 12. April zugeföhrt wird.

Ratifizierung des deutsch-japanischen Handelsvertrages.

Der Kaiser von Japan hat den deutsch-japanischen Handelsvertrag am 1. April ratifiziert. Der Vertrag wird am 17. April in Kraft treten.

Sieht die polnische Polizei Gespenster?

Warschau, 30. März. (Eigener Drahtbericht.) In Ostgalizien hat die polnische Polizei eine ukrainische Geheimorganisation aufgedeckt, die hauptsächlich aus fünfzehnjährigen Schülern eines ukrainischen Gymnasiums bestand. Die Schüler sollen nach Darstellung der polnischen Presse Sabotage betrieben haben. Diese Behauptung klingt, angesichts des jugendlichen Alters der 15 Verhafteten, ziemlich unwahrscheinlich. Auch in Wolhynien wurde eine ukrainische Geheimorganisation von der Polizei ausgehoben. Zwanzig Personen wurden verhaftet.

Was in Polen alles möglich ist!

Warschau, 30. März. (Eig. Drahtbericht.) Das Bezirksgericht in Warschau verurteilte am Donnerstag einen 99-jährigen Greis, der an den polnischen Freiheitskämpfen des vorigen Jahrhunderts aktiv teilgenommen hat und auch mehrere Verwundungen erlitten, wegen einer Beleidigung des früheren Ministerpräsidenten Grabki zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche. Die Strafe wurde für ein Jahr ausgesetzt. Was in Polen alles möglich ist!

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag G.-G., Berlin W. 30.

192] (Nachdruck verboten.)

Die schneite den Sand nach den nächsten Hügel und fand auf. „So erhalte ich mich selbst!“ Sie presste die Finger gegen den feinen, feinsten Sand und stellte sich auf die Hände. So lachte sie Sunay an und schritt bis zum Raster, schlug ein Mal, dann nun wieder auf den Hügel und sprang in die Wellen. „Kommen Sie! Das Wasser ist köstlich!“

Sunay dachte über dieses Gespräch nach und lernte daraus die übliche Lektion der Demut. Sie hat an ihrem Erfolg kämpfen müssen, er, Sunay, hat es nie nötig gehabt, ein irgend etwas zu kämpfen. Wäre er gerne Fühlerhändler, so hätte der Vater alles geregelt; und die Tote der Welt hätten sich nicht um ihn gekümmert. Das gleiche galt auch für jeden anderen Mann. Wie dachte er sich erlauben, über irgend jemanden zu urteilen?

Während er die Traces Roman geschaut, hatte er an Etnas Haupt denken müssen. Kein, die Menschen wüßten in geschäftlichen Dingen nicht, was recht oder unrecht ist; aber aber wenn sie es dennoch wüßten, so liebten sie es nicht klar auszusprechen. Es ist so peinlich, so die Besorgnis zu denken, aber andererseits hätte es den Fall. Sie würde nicht erwarten, jetzt gebietet zu werden. Die Fühlerhändler betreiben sie auch, aber nicht er, denn, wenn sie sich bewegen können, daß sie einander glücklich machen. Und die Tatsache, daß die Sunays Traces erhalte, wird sie nicht erwarten.

Sie bekamen sich im Kloster. Nach dem Lang gingen sie auf eine der Terrassen hinaus. Der Wind blies, der gleiche Hauch, der Hauch der Sunay. Sie schauten sich an und sagten: „Sie haben es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“

gerichtet um sie zu legen, nachdem er sie berart, daß sie unmöglich einen Schritt tun konnte. Es war dies für einen der vornehmsten Studenten einer vornehmen Universität freilich ein recht primitives Vergnügen. Sunay mußte es und ertrug es furchtbar. Sie wird es nicht verstehen, wie werden, ihn erschrecken!

Aber sie war nicht böse und schien alles zu verstehen. Ein altes Sprichwort sagt, daß Jünger vor dem Gabeln zu waren, desgleichen war vor den Worten die Annahme der Sunay merkte, daß sie ihn an sich wachte, mit harten Armen. Alles war in Ordnung. „Sie haben es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“

„Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“

„Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“

„Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“

„Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“ „Sie sind es nicht nötig, das zu sagen.“

„Du willst mich abtöten, indem du mich von den Holzweeder Stienen erzählst.“ Er lachte.

„Sunay, ein Mann und eine Frau sollten sich die Wahrheit sagen, immer. Einerlei, ob es weh tut; so viel Vertrauen müßten sie zu einander haben. Stimmt das nicht?“ „Freilich.“

„Auch wenn es die Trennung bedeutet. Sie dürfen sich nicht mit Lügen beschäftigen. Bist du damit einverstanden, Sunay?“ „Ja.“

„Außerdem sollst du wissen, daß ich dein Geld nicht haben will.“ „Sie bringe gar kein Geld, Bi; es gehört alles dem Vater. Das ist die erste schmerzliche Wahrheit.“

„Ich brauche es nicht. Ich habe mein eigenes und kann mir selbst sorgen. Ich habe meine Arbeit, du die deine, wir werden einander nicht stören und zusammenkommen, wenn es uns beide glücklich macht.“

„Das ist alles leicht für einen Mann, Bi.“ „Es ist ein Spiel, das sind die Regeln; brechen wir sie, so ist das gleichbedeutend mit Betrug.“ Sunay durfte ihr mit gutem Gewissen versichern, daß er nie beim Spiel betrogen habe und es auch bei diesem nicht tun werde. Auf diese Art besiegte er ihre Zweifel. Nun lag sie abermals in seinen Armen, und sie tauchten jene beruhenden Augen, aus denen man anfangs nie genug bekommen kann. Dann schaute sie: „Es kann jemand kommen, Sunay. Laß mich hineingehen.“ „Ich werde noch etwas tanzen und mich dann entschuldigen. Komm später in mein Zimmer.“

Wer machte moralische Eroberungen?

Die „Kölnische Zeitung“ über die Arbeit der preussischen Regierung.

Aufgepaßt! Wahlschwindel! Es ist „Stille Koche“, und es gab „Wahlfest“, die meinten, daß bis Ostern dem Wahlkampf nichts zu spüren sein würde. Sie haben sich getäuscht. Die Parteien stehen mitten im Kampf, und jede ist auf ihre Art schon jetzt bemüht, die Wähler entsprechend zu beeinflussen. Durch die deutsch-nationalen Zeitungen gehen lange Artikel, in denen auseinandergesetzt wird, wie jämmerlich unfruchtbar der preussische Landtag gearbeitet habe. Meberall habe er verjagt, überall, wo man auch hinblide, zeige sich, daß es ohne die Mitarbeit der Deutschnationalen Partei nicht gehe. Da ist es dann ganz interessant, einmal zu hören, was der linke Nachbar der Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, zu den Dingen sagt. Sie meint, es sei müßig, zu Gericht zu sitzen über die Schönheitsfehler der Weimarer Koalition, die drei Jahre die Geschichte Preußens gelenkt hat, denn diese Weimarer Koalition habe trotz aller Schwierigkeiten ihre Pflicht getan. Und dann heißt es:

„Auf die Habenseite des Kabinetts Braun kann man mit gutem Gewissen seine wahrhaft praktische Besetzungs- und Grenzpolitik buchen.“

Preußen hat alles, was in seiner Macht stand, für die bedrohten Randgebiete getan und sich nicht geschämt, dort entschieden einzugreifen, wo gewisse Reichsstellen unbegreifliche Rücksichten nahmen und aus der Mangelhaftigkeit nicht herauskamen. Das einmal offen als ganz großes Verdienst anzuerkennen, ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit. Preußens Bekennnis zum Einheitsstaat und seine erwiesene Bereitwilligkeit, im neuen Deutschland aufzugehen, brauchen hier nicht weiter besprochen zu werden.

Es handelt sich weniger um erreichte Ziele, deren Bezeichnung noch in weiter Ferne liegt, als um die Gesinnung und den Willen zur Tat.

Preußen hat Rheinland und Reich gerettet, als in allen anderen Ländern Revolten ausbrachen; das war freilich unter der Drohen Koalition, aber dennoch hieß ihre Führer Otto Braun,

der auch heute noch im Amt ist. An jener bedingungslosen Zuverlässigkeit des Landes dem Reich gegenüber hat sich bis zur Stunde nicht das mindeste geändert, und das dürfte für die schließliche Beurteilung der Weimarer Koalition ausschlaggebend sein. Als Gegenbeispiel genügt ein Wort: Bayern. Wähle wäre es wohl mit Deutschland gekommen, wenn Preußen auch nur annähernd die gleichen Schwierigkeiten gemacht hätte, wie die Münchener Zentrale der Partikularisten? Eine Antwort eribrigt sich.“

So schreibt ein Blatt der Deutschen Volkspartei über die Politik der preussischen Regierung, an der die Volkspartei nicht beteiligt war. Und dann nimmt sich die „Kölnische Zeitung“ Herrn v. Reudell vor und bestärkt ihm, daß er nur „negative Erfolge“ nachweisen könne. Und da sagt die „Deutsche Tageszeitung“ am Schlusse eines langen Leitartikels: „Preußen hat in dieser Regierungsperiode dermaßen das Gegenteil moralischer Eroberungen in Deutschland gemacht, daß die Erkenntnis, das Verhältnis des größten deutschen Landes zum Reich könne sich ohne schwerste Gefahren für die deutsche Volksgemeinschaft nicht mehr lange in der Bahn weiter bewegen, die ihm die jetzige preussische Regierung wies, nachgerade Gemeingut der öffentlichen Meinung geworden ist.“

Daß wir nicht lachen! Die schallenden Ohrfeigen der Bürger-Blockbrüder im Reich, die für die „Kölnische Zeitung“ schreiben, beweisen zur Genüge, daß nicht die deutsch-nationalen, sondern die sozialdemokratischen Minister in Preußen die moralischen Eroberungen gemacht haben.

Immer neue Parteiturteile des Reichsgerichts.

Leipzig, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeiter Wilhelm Koch aus Buer hatte sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen nach § 7 des Republikstrafgesetzes vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Koch soll im vorigen Jahre mehrere Hochverrätern, überführten „Erschließungsbeamten“ (ehemaligen Schutzpolizisten), unter die dortigen Polizeibeamten verteilt haben. Das Gericht verurteilte Koch wegen Vergehen nach § 7, Abs. 1 des Republikstrafgesetzes und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 15 Monaten Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe. Zwei Monate gelten durch die Unteruchungshaft als verbüßt.

Das Befinden des Landtagspräsidenten Bartels

Es ist, wie wir hören, nach den letzten ärztlichen Feststellungen verhältnismäßig sehr befriedigend. Eine Lebensgefahr scheint nicht mehr zu bestehen, ecklarerweise ist noch eine große Schwäche vorhanden. Sobald die Kräfte eine Reife für durchführbar halten, wird der Präsident sich zur Wiederherstellung nach dem Süden begeben.

Zoos soll Oberbürgermeister von Aachen werden.

Es sind Bestrebungen im Gange, den Reichstagsabgeordneten Zoos, der sich zum linken Zentrums-Mitglied zählt, zum Oberbürgermeister von Aachen zu wählen, sobald die Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Fromm abgelaufen ist.

400 000 organisierte Sozialisten in Wien.

Auf der Jahreskonferenz der sozialdemokratischen Organisation der Stadt Wien wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Parteimitglieder in Wien vom 1. Januar 1927 bis zum 31. März 1928 um 57 000 gestiegen ist, und Ende März die Zahl 400 000 überschritten hat. Davon sind 254 000 Männer und 137 000 Frauen. Von je 100 sozialdemokratischen Wählern sind 60 Parteimitglieder, von den über 20 Jahre alten Wienern ist es jeder Dritte. Jeder zweite Mann ist organisierter Sozialdemokrat und jede fünfte Frau gehört ebenfalls der Sozialdemokratie an. 17 263 Vertrauenspersonen versehen die Parteifunktionen.

Das schofle Bayern.

Es will seine Verpflichtungen gegen die Witwe Eisners nicht erfüllen.

München, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Landgericht München war am Donnerstag neuer Verhandlungstermin in der Klagesache der Witwe Eisners gegen den bayerischen Staat um Bezahlung ihrer Rente für sie und ihre Tochter. Im Gegensatz zu seiner früheren Haltung hat der Fiskus nunmehr sich grundsätzlich zu einem Vergleich bereit erklärt. Er ließ durch seinen Vertreter der Klägerin eine jährliche Rente von 2400 Mark für sie und ihre Tochter anbieten, d. i. 20 Prozent der 100prozentig aufgewerteten letzten Bezüge des Ministerpräsidenten Eisner. Eisner hatte nämlich während seiner Amtszeit die ihm zustehenden Bezüge nicht voll in Anspruch genommen. Der Vertreter der Klägerin äußerte sich nicht ausdrücklich wegen der Höhe der Rente und erklärte, darüber mit seiner Mandantin erst noch Rücksprache zu nehmen. Zweifellos aber sei das Vergleichsangebot zu niedrig. Auch das Gericht scheint sich auf diesen Standpunkt zu stellen; der Vorsitzende bemerkte nämlich, daß der Vorschlag des Fiskus ein Minimum für die ferneren Vergleichsverhandlungen darstelle. Als nächster Termin wurde der 7. Mai in Aussicht genommen.

Die Mörderfreunde toben.

Das Scheitern der Amnestievorlage hat die nationalsozialistischen Mehrverbände in große Erregung versetzt. Ihr ganzer Groll richtet sich gegen die Deutsch-nationale Partei, der sie vorwerfen, nicht alle Möglichkeiten im Kampf für die Begnadigung der Fememörder erschöpft zu haben. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat sich gezwungen gesehen, eine Rechtfertigungsschrift herauszugeben, in der die Missagen für das Nichtzustandekommen der Amnestie dargelegt werden und alle Schuld der Sozialdemokratie und den „weiter in nationalen Fragen immer lauer werdenden Schichten des Bürgertums“ aufgebürdet wird.

Württembergischer Landeswahl ebenfalls am 20. Mai.

In der Sitzung des württembergischen Landtages vom Sonnabend verhandelte dieser über ein von den bürgerlichen Parteien eingebrachtes Initiativgesetz, durch das die Lebensdauer des Landtages, die nach der Verfassung am 1. Mai ablaufen würde, zu dem Zwecke bis zum 31. Mai verlängert wird, daß die Reichs- und Landtagswahlen gemeinsam am gleichen Tage stattfinden könnten. Die Sozialdemokratie erklärte, der Vorlage nur unter der Bedingung zustimmen zu können, daß die Regierung sich bereit erklärt, vom 1. Mai ab auf selbständige politische Akte jeder Art, also auch auf politische Beamtenernennungen, zu verzichten. Sollte sich durch den Gang der Ereignisse auch nach diesem Termin noch irgendeine politische Aktion nötig machen, so erwarte sie, daß die Regierung den Landtag zu diesem Zwecke einberufe. Staatspräsident Bagille gab eine Erklärung ab, daß die Regierung gewillt sei, in diesem Sinne vorzugehen. Der Gesetzentwurf wurde darauf gegen die Stimmen der Kommunisten mit der erforderlichen verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen.

Der neue Wahlleiter.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter den Direktor des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Regierungsrat Dr. Weisinger, ernannt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich Berlin W. 10, Bülow-Ufer 8; Fernruf: Berlin Kurzbüro 244; Telegramm-Adresse: Reichswahlleiter Berlin W. 10.

Waldecks Anschluß an Preußen gesichert.

In der Montagssitzung der Waldecker Landesvertretung wurde der Staatsvertrag mit Preußen in der zweiten Lesung einstimmig angenommen. Waldecks Anschluß an Preußen ist damit endgültig gesichert.

Schmelzer-Revision am 19. April.

Das Reichsgericht in Leipzig wird am 19. April über die von August Schmelzer, Vater und Sohn, auf das Urteil im Arensdorfer Prozeß eingelegte Revision verhandeln. Das Frankfurter Schwurgericht hatte beide wegen Tötungs an zwei Reichsbannerleuten und Beihilfe dazu zu mehrjähriger Jugendstrafe verurteilt. Auch die als Nebenkläger zugelassenen Reichsbannerleute, die bei dem Überfall in Arensdorf schwer verletzt wurden, haben Revision eingelegt.

Schiffcherin gegen die Tscheta.

Für baldige Liquidierung der Denez-Affäre.

Aus Moskau wird berichtet, daß Schiffcherin in der letzten Sitzung des politischen Büros erklärt haben soll, daß das gesamte Außenministerium für die baldige Liquidation der Denez-Affäre sei, da man nicht Deutschlands Freundschaft aufs Spiel setzen dürfe.

So ist's recht.

Eine Reihe zweifelhafter Beamter abgesetzt.

Im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform sind die folgenden Vizepräsidenten der Regierungen in den einflussreichen Ruhestand versetzt: v. Rebern in Gumbinnen, Schläpfer in Potsdam, Dr. v. Reudell in Erfurt, Wellenkamp in Lüneburg, Dr. Dunderhoff in Würzburg, Dr. Werner in Minden. In ihrer Stelle sind zu Vizepräsidenten zuverlässige Republikaner ernannt worden, und zwar: bei der Regierung in Gumbinnen der Landrat Dr. Steinhoff in Zeitz; in Potsdam der Ober-Regierungsrat Dr. Mayer im Polizeipräsidium in Berlin; in Minden der Regierungs-Vizepräsident Dr. v. Krause von der Regierung in Oppeln; in Lüneburg der Ober-Regierungsrat Dr. Beeremann vom Oberpräsidium in Hannover; in Würzburg der Ober-Regierungsrat Dr. Peuder vom preussischen Ministerium des Innern; in Erfurt der Landrat Fischenich aus Stuhm.

Auch Oldenburg wählt am 20. Mai.

Der Oldenburger Landtag wird am Mittwoch zu einer Sitzung zusammentreten und voraussichtlich mit großer Mehrheit, wenn nicht einstimmig, beschließen, daß der Oldenburger Landtag am 19. Mai aufzulösen ist und die Neuwahl zusammen mit den Wahlen zum Reichstag am 20. Mai stattfinden hat.

Ein Mobilisierungsplan der Reparationsschuld.

Vorschläge des „Matin“.

Paris, 2. April. (Eigener Funkenbericht.)

Der „Matin“ veröffentlicht heute interessante Einzelheiten über die Möglichkeiten der praktischen Durchführung einer Mobilisierung der deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen im Zusammenhang mit der Liquidierung der interalliierten Schulden. Eine Frage, die bekanntlich Poincaré in Carcassonne angesprochen hat. Nach dem Bericht des Pariser Blattes soll die deutsche Reparations-schuld von 132 auf 32 Milliarden Goldmark reduziert werden. Diese Schuld zerfällt dann in zwei gleiche Teile von je 16 Milliarden Mark, von denen der erste Teil durch Mobilisierung von 11 Milliarden Eisenbahn- und 5 Milliarden Industrieobligationen gedeckt, der andere Teil dem deutschen Reichshaushalt zur Last fällt und in der wirklichen Form von Sachleistungen hauptsächlich an Frankreich und Belgien zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden abgeführt werden soll. Die Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen wird zur Liquidierung der interalliierten Schulden an den Vereinigten Staaten dienen. Das Ergebnis wird unter Berücksichtigung eines angemessenen Kurzes von 80 auf etwa 3 Milliarden Dollar gemacht, während der heutige gegenwärtige Wert 4 Milliarden Dollar beträgt. Die Vereinigten Staaten müßten daher in der Schuldenfrage, was die Höhe der Leistungen anbetrifft, entgegenkommen, hätten aber den Vorteil, daß die Schulden nicht wie bisher in 62, sondern binnen weniger Jahre abgedeckt sein dürften. Der „Matin“ glaubt, daß die Vereinigten Staaten einem Appell Europas sich nicht verschließen werden, wenn die Reparations- und Schuldenfrage in wirklich praktischer Weise gelöst würde und auch die europäischen Schuldner gewisse Opfer brächten.

Der englisch-ägyptische Streit.

Die Lage nach der neuen ägyptischen Note ernst.

Bombay, 2. April. (Eig. Drahtbericht.) Der britische Ministerrat trat am Montag zur Beratung der in ihrem Wortlaut noch immer nicht bekanntgegebenen jüngsten ägyptischen Antwortnote zusammen. Die neue gescheitene Lage wird, wie eine der Regierung nahestehende Seite erklärt, als ernst, wenn nicht als beorgniserend betrachtet. Die Auffassung der amtlichen englischen Kreise geht dahin, daß die britische Regierung das Einpruchsrecht gegen alle Maßnahmen des ägyptischen Parlaments und der ägyptischen Regierung besitzt, welche die in der Proklamation von 1922 der britischen Kontrolle vorbehaltenen Punkte verletzen. Im Gegensatz hierzu geht der ägyptische Standpunkt dahin, daß die Proklamation eine einseitige britische Erklärung darstelle, die von Ägypten niemals anerkannt worden sei und daher Ägypten weder moralisch noch juristisch binde. Wie verlautet, geht in Regierungskreisen die Auffassung dahin, daß die ägyptische Note über den wesentlichen Punkt der letzten britischen Note, nämlich die Frage der Erfüllung oder Nichterfüllung der Forderungen nach Zurückziehung der von der britischen Regierung beanstandeten gesetzlichen Maßnahmen keinen Aufschluß gebe und daher mehr den Charakter eines Manifestes als einer diplomatischen Antwort verdiene. Die Antwort der britischen Regierung dürfte sich in dieser Richtung bewegen.

Der Prozeß

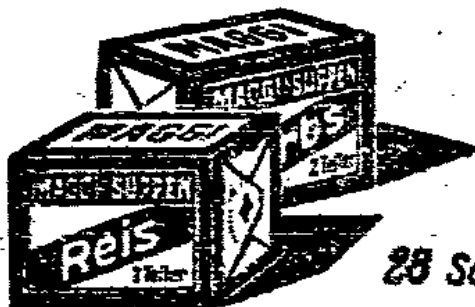
gegen die elsässischen Autonomisten.

Paris, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Voruntersuchung gegen die elsässischen Autonomisten ist nunmehr endgültig abgeschlossen. Das Hauptverfahren findet vor dem am 30. April beginnenden Schwurgericht in Kolmar statt. Der Untersuchungsrichter hat die Anklage gegen 9 der verhafteten Autonomisten fallen lassen, weil er zu der Ansicht gekommen ist, daß sie nur eine nebenwärtige Rolle gespielt hätten. Dagegen sind 22 Autonomisten formell staatsgefährlicher Umtriebe angeklagt worden. Dazu gehören nicht nur der Abbé Fakhauer, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kildin, der Bankier Wind, sondern auch einige deutsche Staatsangehörige und zwar der Oberlehrer Schmidlin aus Mühlstein, B. und der Redakteur Ernst aus Berlin. Schriftleiter der Mitteilungen des elsässischen Hilfsbundes.

Ueber 7 Millionen Erwerbslose in USA.

Paris, 2. April. (Eigener Funkenbericht.)

Nach der „Chicago Tribune“ hat die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten bedauerliche Formen angenommen. Der amerikanische Gewerkschaftsbund schätzt die Zahl der Erwerbslosen auf 7,2 Millionen. Andere Schätzungen schwanken zwischen 4 und 6 Millionen. Das amerikanische Arbeitsamt will aber nur von 2 Millionen Arbeitslosen wissen.



Reiche Abwechslung in der täglichen Suppe bieten MAGGI'S Suppen-Würfel

28 Sorten, z.B. Eier-Nudeln, Reis, Blumenkohl, Ochsenchwanz, Grünkern, Tomaten, Reis mit Tomaten, Erbs, Eier-Sternchen, Pilz, Windsor, Tapioka echt, Rumford, Spargel, Erbs mit Schinken, usw.

Sonntags-Anzeigen

Am 31. März, früh 7^{1/2} Uhr, verschied nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Pauline Weide
geb. **Miesler**
im Alter von 45 Jahren.

Dies zeigt im Namen der trauenden Hinterbliebenen an
Breslau, den 3. April 1928

Adolf Weide
geb. **Händers.**

880
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 3^{1/2} Uhr, von der Kapelle des St. Bernhardfriedhofes, Dürrgoy.

Am Sonntag, den 1. April, verstarb unsere weite Kollegin

Frau Pauline Weide
im Alter von 45 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Schürpenbasse Dürrgoy.

Beerdigung: Mittwoch, den 4. April 1928, nachmittags 3^{1/2} Uhr, vom St. Bernhard-Friedhof in Dürrgoy. 3195

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Am Sonntag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, verstarb unsere Freundin und Verbandskollegin, die

Metallarbeiterin
Klara Stanneck
im Alter von 29 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 4. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Cosel. 3193

Am 1. April verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied

Klara Stanneck
im Alter von 29 Jahren.

Ihr Andenken werden in Ehren halten 323

Die Mitglieder der Begräbnis-Zuschußkasse „Archimedes“.

Beerdigung: Mittwoch, 4. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des ev. Friedhofes in Cosel.

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Uhren u. Goldwaren
Spezialität: 5155

Fugelose Trauringe

Paul Alter Kupferschmiede-straße 17
Nebe: Bräsechtel.

Woher die Kinder kommen

ein Buch, das auch die Kinder lesen sollen, von Dr. med. Max Hodann, mit 7 Bildern . . . nur **0.60**

Sub und Mädel
das ist für die Jugend 160 Seiten **2.60**

Gedächtnis und Liebe
für die Erwachsenen, 19 Bände, jede 300 Seiten 7.50 gebunden **10.00**

Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau
Neue Grapenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11

Gute und sehr billige
Romane und Erzählungen

finden Sie stets in der
Antiquariat
Breslau III, Neue Grapenstraße 57,
Neue Taschenstraße 11.



Die obenstehende Kappe: vorbildlich flott aus zweifarbigen Geflecht **7.90**

Ostern und „der neue Hut“ sind ohne einander kaum denkbar.

In der Tat - schon eine große Freude, ihn aus der Fülle unserer kleidsamen Formen herauszufinden und - wenn Sie erst den

niedrigen Preis

erfahren, für den Sie ihn bei uns kaufen können, wird Ihrer Freude nichts mehr im Wege stehen.



Sehr feine jugendliche-Glocke mit sparter Malerei. Sehr preiswert **3.50**



Flotter Laufhut aus pastellfarbenen Handgeflecht sparte Garnitur **4.90**



Hochschöne Kappe mit Hochhaar und über Seidenbesatz. Feine Farben **7.50**



Schick abgesetzter Frauenhut, feingeflochten, Form, Beid, Passendweber-Locke **9.50**



Sehr gute Glocke mit modernem Schmuck und sehr handgeflochtenes Band **8.50**



Kleinerer Hut mit feiner Fransen, flott und reich mit Seide garniert **8.90**



Der höchste feingeflochtenen Frauenhut aus Exotica Stoff, sehr große Weite **12.50**

LINDEMANN & Co. AG
BRESLAU OHLAUER STRASSE 71 73



Tragen

Sie verdienen täglich 10 Mk. an Schmuckstücken. Sie verdienen täglich 10 Mk. an Schmuckstücken. Sie verdienen täglich 10 Mk. an Schmuckstücken.

Schönfeld & Co.
größtes Spezialhaus Schlesiens für Herrenhüte Mützen

von einfachst bis zum allerfeinsten Genre.
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 17/18 Ecke Kupferschmiedestraße

Filialen: „Hut-Palast“ Ohlauer Straße 20 Neue Schwelmitzer Straße 17

neb. Leipziger & Kessler Grapenstraße 12 vis-à-vis Dörce Bohrauer Straße 45

Herr, 30 Jahre, sucht wandlungsfähiges Fräulein zwecks Heirat

Offerten unt. „Gr. 144“ Buchhandlung Neue Grapenstr.

Reihweise elegante **Strad- und Anzüge**
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, 1. Tel. 9.183
früher Albrechtstraße.

Nachlassverkau
Arenberg, Betten, Schreibeis, Bücher, Schrank, Spiegel, Waschtisch, Wäsche, Monnhauptstr. 1 b

Bertold Lippert
Seinrichstraße 16

In der „Bollswacht“ haben Stellen-Angebote infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Uranio
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der Proletarische Kosmos

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Flasstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität: **Massenaufgaben** (Rotationsdruck)

Kaufgeluche

Alle Nähmaschinen kauft höchstzahlend Reparaturen sauber nitigends so billig als bei **Thiel**, 146 b Greiburger Straße 26 III.

Kleine Anzeigen

Sind komplexe gesteuerte einpolige Anlagen von Verfügen, Kaufgeluchen u. a. nur von Privaten. Wor 3 Wieninger, 4 Wieninger

Blauer Kinderwagen billig zu verkaufen, b. Nathan, Leichstr. 2.

Fotoapparat 9x12, Ernenmann 6.8, mit Zubehör billig zu verkaufen. W. Gloger, Rühomstr. 23.

Gut erhaltener Kinderwagen nur an privat billig zu verkaufen, Schilde, Gubitzstr. 115, Gub. II.

Moderne Dichter
Die junge Generation

Brecht • Csokor
Hasenclever • Lersch
Morgenstern • Petzold
Polgar • Toller
Werfel • Zweig
und viele andere

Ein modernes Vortragsbuch nur **1.50 Mk.**

Volkswachtbuchhandlungen
BRESLAU
Neue Grapenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11

Wir sind Leser der

„Volkswacht“

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der „Volkswacht“ inserieren. Sagen Sie das, wenn Sie einkaufen, Ihr nutzt uns und damit Euch selbst!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. April 1928.

Fliegende Musikanten!

Im Handumdrehen ist heute kein Geld mehr zu verdienen. — Der Leierkasten-Jazz. — Treppenkonzerten mit Streichmusik. — Der Bierinstrumentenmann. — Das „bestellte“ Konfirmationsorchester.

Fliege abe Musikanten! Ich bitte, nicht mißzuverstehen. Im Zeitalter des Flugverkehrs und des Flugports wäre das Mißverständnis — verständlich. Wir kennen den „fliegenden“ Händler und — auch den „fliegenden“ Musikanten. Er bringt die Musik ins Haus, und ist somit der Vorläufer des Radio. Sein „Orchester“ ist die Musik der armen Leute. Der fliegende, auch jahrende Musikant hat seine Tradition. Wollen wir nicht noch weiter zurückgehen, so würdigen wir ihn schon seit Jahrzehnten als Drehorgelspieler, Leierkastenmann. Dieser, sein Geld im „Handumdrehen“ verdienende Musikant steht heute auf dem Aussterbeort. Was Wunder, wir leben im Zeitalter des Jazz; der heutige Mensch will Tempo, auch da, wo er ruht. Beim Donauwellenwälder der Drehorgel wippt heute kein junges Mädchen mehr, und „aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit“ will heute kein Mensch mehr sentimentale Erinnerungen schöpfen. Sind aber die Herzen nicht zu öffnen, so bleiben auch die Fenster geschlossen. Und verlassen schaut der Alte mit seinem schweren Kasten hinauf an grauen trostlosen Fassaden. Aber man hat einer verstand es, dem heutigen Geschmack Konzessionen zu machen; hängte sich auf seinen Rücken eine Paule, die er per pedes bediente, und da größerer Lärm auch größere Aufmerksamkeit findet, hatte er gegenüber seinem Kollegen den Vorrang. Die Konkurrenz — wo gibt es in unserer heutigen Gesellschaft diese nicht — aber zornig bald, noch großzügiger zu sein, steigende Arbeitslosigkeit tat das übrige, und oft sehen wir schon ein kleines Orchester beisammen. Die einzelnen Instrumente sind sicher nach keiner Harmonielehre zusammengestellt, aber es läßt sich hören, auch fühlt man sich durch den Reiz eines solchen Orchesters schon geschmeichelt, als durch das Geknack eines Leierkastenmannes von vorgestern. Spenden fließen wohl reichlicher, aber Einnahme dividiert durch Mitgliederzahl des Orchesters gibt ebenfalls nur kurze Pfiennige.

Manch einer versuchte es mit begleitendem Gesang, da man aber kein gottbegnadeter Sänger war, machte man recht schlechte Erfahrungen. Dann versuchte man das „Schiffersänger“ und ganz unerwartete die „Schmuckorgel“ hoffähig zu machen. Auch das mißlang. Nur in den Wagen vierter Klasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft — so von Station zu Station, je ein Abteil — sind noch ganz erträgliche Einnahmen mit diesen Instrumenten zu erzielen.

Die Distanz von Hofmitte bis hinauf zum zweiten bis fünften Stock ist zu groß, der Verkehr mit dem „Publikum“ zu unpersonlich. Ist der Hof zu weit, so geht man auf den Flur. Mit dem Leierkasten war es nicht möglich, das hätte Hausfriedensbruch oder Hinauswurf, aber keinen roten Pfennig eingebracht. Hier mußte nicht so laut gespielt werden. Streichmusik. Mit Geige und Mandoline begann man sich einzuführen. Hatte auch bald Zuhörer; Flurnachbarn nehmen gern solche Gelegenheiten wahr, um aus der Wohnung herauszuschlüpfen und — — na jedenfalls blieb man auch nach dem Konzert noch ein wenig beisammen. Manch kurzes Tanzkränzchen wurde bei solcher Gelegenheit ohne behördliche Genehmigung und Zahlung von Lustbarkeitssteuer arrangiert.

Einer aber von den Musikanten hat das Zeichen unserer Zeit, hat die Rationalisierung verstanden. Mandoline am Arm, die auf diesem Instrument auf einem Gestell besetzte Mundharmonika im Mund, Paule und Becken auf dem Rücken; erhebt mit Mund, beiden Händen und beiden Füßen allein ein ganzes Orchester. Und brauchte nicht die Einnahme durch die Anzahl der Instrumente zu dividieren.

Drei oder vier Männer ziehen die Vorstadtsstraßen entlang, unformige Gepäckstücke verraten Instrumente. Ausfragen von Kindern: „Hier in diesem Hause wird doch heute konfirmiert? Wo?“ „Die Helene Seidel.“ „Alfa hinauf! Geheimnisvoll werden auf Treppenschritten die Instrumente aus ihrer Hülle entnommen. Und bald erklingt vor Seidels Tür: „Lobe den Herren“. Familie und Festgesellschaft kürzt an die Tür. Vaters Gedanken suchen nach Erklärung. — Der Gesangsverein? — Der Statklub? — Ach nein; aber rasch begreift er die Situation, will die Sache seinen Leuten erklären, befinnt sich aber eines Besseren und mit vieljähriger Weisheit er auf diese Überraschung hin, die weder das Festkind noch er selbst (das sagt er aber nicht!) gehnnt haben. Der Choral ist nun längst durch den Radestrom abgeloßt worden, der Bargeldentlohnung sind noch einige Schmäße gefolgt, und bald zieht die Festkapelle weiter, zur nächsten Konfirmation. Die gleiche Überraschung wiederholt sich vor anderen Türen.

Fliegende Musikanten! Musik geliefert ins Haus. Auch dieses Joch wird bald schwinden. Moderne Technik wird diesen Musikanten den Garaus machen. Radio ist ihr schärfster Konkurrent. Aber manch einer wird ihre Weisen, diese unbedachtliche Ablenkung von Arbeitsqual und Sündenhaftigkeit vermischen. Nur der verärgerte Philosoph wird mit Wilhelm Busch's heiserem Zweizeiler über dieses Joch von vorgestern lästern:

Musik wird hörend oft empfunden, Weil stets sie mit Geräusch verbunden.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Heiße Wahlstimmung herrschte gestern bei Verabschiedung der Etats des Wohlfahrtsamtes und des Jugendamtes. Unsere Partei hat ein Interesse daran, sämtliche Etats so auszustatten, daß mit den bewilligten Mitteln auszukommen ist. Sie hat keine Lust, unmittelbar nach den Wahlen die fehlenden Mittel nachzubemitteln und zu diesem Zwecke Steuern und Gebühren zu erhöhen. Nachdem der Bürgerklub von der sozialdemokratischen Mehrheit sieben Millionen Mark Ueberfluß geerbt hat und aus den letzten beiden Jahren ohnedies ein Defizit von zehn Millionen vorhanden ist, muß man erwarten dürfen, daß diesmal wenigstens der Etat in Ordnung gebracht wird. Die bürgerlichen Parteien aber wollen das nicht. Sie sagen, wenn die bewilligten Mittel nicht reichen, kann ja dann „ein Nachtragset“ kommen. Normalerweise ist ein Nachtragset ein Behelf für Dinge, die man nicht voraussehen konnte, diesmal aber ist vorauszu sehen, daß 5,8 Millionen fehlen werden; es ist deshalb ein Betrag an den Wählern, der von den Bürgerlichen verübt wird. Man will sich „sparsam“ zeigen und eine etwa zu erwartende sozialdemokratische Mehrheit im Voraus belaften. Zum Etat des Wohlfahrtsamtes beantragten die Kommunisten, zwei Millionen zuzusetzen, lediglich ein Agitationsantrag, denn wo die zwei Millionen herkommen sollen, das wissen die Kommunisten nicht. Es steht auch nicht fest, ob soviel mehr gebraucht werden wird. Dagegen steht fest, daß 400 000 Mark, die unsere Genossen für die Eingemeindungsgebiete mehr eingesetzt haben wollten, unbedingt gebraucht werden. Die bürgerliche Mehrheit lehnte aber den sozialdemokratischen Antrag ebenso ab, wie den kommunistischen, auch die Bodenreformer, die ja nächstens als Mieterpartei auftreten wollen, schlugen sich, wie so oft bei sozialen Fragen, zu den Schwarz-weiß-roten hinüber.

Beim Etat des Jugendamtes stellte Genosse Piesch erneut die Anträge zugunsten der Erholungsfürsorge, der Kinderpeisung und der erwerbslosen Jugend, die im Ausschuß abgelehnt worden waren. Wir haben hierüber ausführlich berichtet. Obwohl es sich hier nicht um so erhebliche Summen handelte, wurde vom Bürgerklub weiter „geparrt“. Der Zentrumsmann Dr. Wolf erinnerte den Rämmerer an seine Pflicht, gegen die sozialdemokratischen Anträge zu reden, denn dieser hatte wohl selbst das Gefühl, daß der Hundertmillionen-Etat durch ein paar tausend Mark mehr für Kinderpeisung und dergleichen nicht umgeworfen wird. Aber vom Zentrum aufgefordert, redete der Rämmerer natürlich ein paar Worte von der notwendigen Sparsamkeit. Der Hafenkreuzler Stein zog dann die Debatte auf das Niveau der Hofen herab. Er sagte zu den Sozialdemokraten: „Warum sollen wir denn immer alles bewilligen, nach den Wahlen habt Ihr die Bewilligungshosen an.“ Genosse Dars sagte ihm, daß sich die Sozialdemokraten nach der Wahl die vollen Hosen der Rechtsparteien nicht anziehen werden, und Genosse Piesch kündigte an, daß die Wähler den Rechtsparteien bei der Wahl schon die Hosen strammziehen werden. Diese humorvolle Abfuhr des Hafenkreuzlers löste nicht geringe Heiterkeit aus. Im übrigen blieb es aber bei der Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge durch die bürgerlichen Parteien. Sonst wurden gestern nur noch einige kleine Vorlagen erledigt, denn um acht Uhr war ein Empfangsabend im Remter für die Magistrate, Gemeindevorstände, Stadtverordnete und Gemeindevorsteher aus dem Eingemeindungsgebiet vorgesehen.

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordneter Friedrich mit einem nochmaligen kurzen Gedanken des aus seinem Amte geschiedenen Bürodirektors Vogel eröffnet. An seine Stelle tritt nun Stadtmann Schmidt, der vom Oberbürgermeister speziell für dieses Amt vereidigt wird. Neu eingeführt werden die Stadtverordneten Baruffe (Soz.) und Honig (Ztr.), die an Stelle der als Magistratsmitglieder ausgeschiedenen Stadtverordneten Jils-Eckstein und Przhilla treten.

Der Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen auf 200, 150 und 100 Mark für das erste, zweite und dritte Kind für Einheimische und 250, 187,50 und 125 Mark für Auswärtige wird zugestimmt, dagegen wird die geforderte Erhöhung des Schulgeldes an den Mittelschulen abgelehnt.

Eine erregte Debatte gibt es beim Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes, in dem starke Kürzungen der Ausgaben vorgenommen worden sind. Stadtv. Gläfer (Komm.) kritisiert hierbei die Praxis des Wohl-

fahrtsamtes, verurteilt, daß von Jahr zu Jahr die sozialen Ausgaben verringert werden. Die Tätigkeit der Pflieger lasse in der Behandlung der Antragsteller oft viel zu wünschen übrig. Er beantragt die Ausgaben im Wohlfahrtsamt um 2 Millionen zu erhöhen. Frau Stadtv. Oendorff (Dem.) wünscht, daß die freien Wohlfahrtsvereine mehr zur sozialen Gerichtshilfe hinzugezogen werden.

Zu ausführlicher Weise läßt Stadtv. Piesch Kritik an diesem Haushaltsplan. Trotz gestiegener Not sind hier die Ausgaben stark reduziert worden. Wenn es auch ein Noietat sein soll, so ist doch die Not auch in der Bevölkerung vorhanden. Die vorgesehene Mittel werden nicht ausreichen, und man wird sich bald mit Nachbewilligungen zu befassen haben. Die eingemeindeten Gebiete sind nicht genügend berücksichtigt worden. Bei einem Etat von 17 Millionen sind nur 300 000 Mark (!) hierfür mehr eingesetzt worden, es hätte hier den Verhältnissen entsprechend mindestens 1 200 000 Mark eingesetzt werden müssen. Dabei ist die Not in den eingemeindeten Gebieten nicht geringer, als im alten Stadtgebiet. Die neu hinzugekommenen Bewohner müssen sich bei solcher Benachteiligung als Bürger zweiter Klasse fühlen. Er beantragt daher, daß weitere 400 000 Mark mehr im Etat hierfür eingesetzt werden. Nachdem noch Stadtv. Tigner den beiden Rednern geantwortet, werden der kommunistische wie der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der Rechten und der Mitte abgelehnt. Der Haushaltsplan wird mit den Veränderungen, daß unter laufende Barunterstützungen für Wohnungs- u. -sorge und Mietsbeihilfen an notleidende linderreiche Familien 100 000 Mk. neu eingesetzt, und bei Ausgabe die Straßenbahnfreikarten an Wohlfahrtsanstalten und -vereine mit 20 000 Mark abgesetzt werden, verabschiedet.

Zum Haushaltsplan des Jugendamtes lagen im Ausschuß ebenfalls eine große Anzahl von Anträgen vor, von denen nur einige Gnade fanden. Es wird beantragt, unter der Ausgabe „Pflieger von Kindern in Kruppen“ 15 000 Mark zuzusetzen und den bisher nebenamtlich tätigen Leiter des Jugendamtes an der Mattheuskunst nun hauptamtlich anzustellen.

Stadtv. Piesch (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge zu diesem Etatitel. Von den Einnahmen aus Erholungsfürsorge sind 25 000 Mark abzusetzen, da viele Eltern nicht in der Lage sind, die Mittel für die Erholung ihrer Kinder aufzubringen. Behörftige Kinder sollten nur den Betrag zu leisten haben, den sie für den Zweck ihrer Erholung zur Verfügung gestellt bekommen. Weitere 25 000 Mark sind von den Einnahmen aus Kinderpeisungen abzusetzen. Kinder von Erwerbslosen müssen grundsätzlich Freipeisung erhalten. Die Ausgaben für die Fürsorge für erwerbslose Jugendliche sind von 40 000 auf 60 000 Mark zu erhöhen. Das ist um so leichter möglich, da die Stadt von Reich und Staat 25 000 Mark für diesen Zweck zurückerstattet erhält. Die Not der Jugendlichen, die keine Lehrstellen erhalten konnten, aber ist besonders groß. Die privaten und konfessionellen Kinderpeisungs-Anstalten, Kruppen, Horte usw. sind ab 1929 nicht mehr von der Stadt zu subventionieren.

Hier ist es unbedingt notwendig, daß diese Heime, die zum großen Teile konfessioneller Art sind, von der Stadt in eigene Verwaltung übernommen werden. Mit der Unduldsamkeit solcher Anstalten, die, wie z. B. Bethanien, keine Kinder von Freidenkern aufnehmen, muß endlich einmal ein Ende gemacht werden. (Zuruf Stadtv. Halpaap: Das haben Sie schon oft gesagt. — Stadtv. Piesch: Und Sie haben es immer noch nicht tapiert!)

Stadtv. Wolf (Zentr.) wendet sich gegen eine Kommunalisierung der Kinderheime, die seiner Ansicht billiger arbeiten, als städtische Anstalten. (?) Während der Rämmerer sein altes Lied von der notwendigen Etatskürzung wieder einmal vorträgt, verweist ihn Stadtv. Otte (Soz.) auf die Notwendigkeit, daß solche vitalen Forderungen eben unbedingt und vornehmlich im Etat mit eingestellt werden müssen. v. Hoerner, der Leiter des städtischen Jugendamtes, ist trotz der finanziellen Beschränkungen seines Ressors optimistischer gestimmt, und Stadtv. Thum (Nat.) polemisiert selbstverständlich gegen die „Wahlstimmungs“-Anträge unserer Fraktion. Stadtv. Kimm (Komm.) schildert an einem Beispiel das „soziale“ Wirken der karitativen und privaten Verbände. Im Sozialen Frauendienst zahlt man

für eine Stunde Rechtsanwältin 20 Mark.

Trotzdem Stadtv. Stein (Dioz.) in sozialer Beziehung links von der Sozialdemokratie stehen will. (Gelächter!), bejwörtet er die privaten Verbände. Der sozialdemokratischen Fraktion aber prophezeit er, daß sie ihre jetzige Auffassung revidieren werde, wenn sie später einmal als wieder stärkste Fraktion, die „Hosen der Bewilligung anziehen“ wird. (Heiterkeit.) Stadtv. Dars (Soz.) kritisiert die Etatspolitik der Rechten, zeigt, wie sich der Etat in den letzten Jahren immer mehr verkleinert hat. Die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Besserung der Lage ist trügerisch, denn noch bestehen Zölle, die die Waren verteuern und an den Preisabbau denkt kein Mensch. Während Fräulein Busch (Nat.) ein Loblied auf den Sozialen Frauendienst singt, beehrt Stadtv. Wolf (Dem.) die Linke, daß Politik die Kunst des

Theater und Musik.

Thalia-Theater.

Spiel „Der blaue Vogel“.

Im Thalia-Theater spielt diese Woche Juchan mit seiner Truppe, dem russisch-deutschen Künstler-Ensemble die kleinen, zauberhaften Kabarett-Dichtungen, die unter dem Sammelnamen „Der blaue Vogel“ seit sechs Jahren in fast allen Großstädten Europas berühmt sind.

Es ist schwierig, mit dem Wort eine so nahezu gegenstandslose und doch bewegende, zuweilen erschütternde Kunstdarbietung deutlich zu machen. Die schönsten Stücke des „blauen Vogels“ erinnern an lyrische Gedichte. Da ist z. B. eines, das heißt „Der Leierkasten“. Ein Mann mit Barz dreht einen Leierkasten, ein anderer schlägt mit Hand und Fuß an immer derselben Stelle Trammel und Beiden, und zwischen ihnen steht ein Mädchen und singt die unendlich leierige Melodie mit. Sie singt mit einer Trägheit, die aus Ueberdruß und Schüchternheit gemischt ist. Ebenso tippt sie — schläfrig und faul — an das Trangel, und zuletzt macht sie sogar „Freiübungen“ im Takt der Musik, die freilich nur unausdenkbar komische Ansätze bleiben. Beim letzten Vers, immer so weiter döstend, vergeßt sie, daß Schlag ist, steckt einen Augendick die Arme in die Luft, sieht sich hilflos um und hält dann, wie die anderen heben, mit eindrucksvollster Bewegung, wie zu den Fenstern des Hauses hinausschauend, aus deren man vielleicht Gärten herabwirft, die Hände hin. So sind die schönsten Sachen des „blauen Vogels“. Sehr echt und doch weit mehr als Abschritt der Wirklichkeit, lächerlich und ergreifend zugleich wie Charlie Chaplin es ist, ein Nichts an Klang, aber eine Welt an seelenhaftem Erlebnis. Nun aber spielt der blaue Vogel — vor allem diesmal — auch Sätzchen, die nur bunt und heiter sind, dem Auge angenehm durch Farbigkeit und Selbsthaftigkeit des materiellen Einfalls, reizvoll durch Fremdsprachigkeit (es wird fast nur russisch gesprochen und gesungen)

und fremdfarbige Musik und erheitert durch anekdotenhaften Inhalt. Es gibt auch Parodien, am köstlichsten davon war die Parodie auf den Glangorein „das Doppelquartett“. „Canale grande“ hemiseltel italienische Romantik etwas zu wild; sehr reizend zeigte „Relativitätstheorie“ in zwei Stücken nebeneinander, wie der Deutsche sich die russische Familie denkt und der Russe die deutsche. Es gab ferner kleine sentimentale Stimmungsbilder: Petersburg 1825; ein altes, zärtlich-wedemütiges Wiederweierpaar, verloren in Jugenderinnerungen: „Im Monat Mai“, das übrigens schaupielerisch vollendet war; oder das schwächere Bild von Lehrer und Schüler im Ghetto. Es gab „Spielwächterchen“, wo Menschen mechanisch bewegtes Spielzeug auf das trefflichste nachahmten, und es gab den „Abschied“ aus der Kinderstube, wo der Bub in langen Hosen die Tränen verbeißt und das riesige Holzpferd so herzbewegend komisch dreinschauert.

Alle diese kleinen Stücke werden eingeleitet von den scherzhaftesten Worten des Direktors Juchan, der als Comarcenter die Verbindung zwischen Bühne und Publikum warm und lebhaft erhält.

„Der blaue Vogel“ ist noch immer reizvoll, ja zauberhaft, noch immer unfehlbar geschmackvoll und künstlerisch vollendet, wenn auch nicht mehr so paaz wie in den ersten Jahren, als er den Leierkasten schuf. Aber wir sind ihm auch für seine leichten Gaben herzlich dankbar.

Schauspielhaus.

„Ladn 2“.

Der notwendigen Forderung, an Stelle der schematischen, entweder sentimental oder oberflächlich prunkvollen Operettenhandlung einmal ein ganzlich anderes Thema zu setzen, ist Ludwig Herzog auf das merkwürdigste entgegengekommen. Seine mysteriöse Lady stammt mit all ihren Kaffinchen geradezu aus der Kriminalliteratur. Im Leben des finanziell bis

zum Selbstmordentschluß ruinierten Lord Schellen spielt sie eine bedeutende Rolle. Auf einem Ballfest in Nizza hat er sich in die maskierte Schöne verliebt und sie seitdem nicht vergessen. Sie hat nun seinen verzweifeltsten Plan ausgeführt und es darauf abgesehen, ihn zunächst von seinem Vorhaben abzubringen. Auf die ausgelügeltste Art schmuggelt sie sich in sein Heim, benimmt sich dort — obwohl der Lord die nun Demastrierte nicht wiedererkennt — als wenn sie zu Hause wäre, indem sie nämlich, selbst gehüllt in dieses verführerische Negligé, die Bonnen des Pjama bestingt. Mit dem Rettungswert, das ihr reiflos gelingt, ist aber ihre Mission noch nicht erfüllt. Sie will aus dem Selbstmordabenden auch rasch einen Eheschanden machen, und da er es nicht willig tut, so braucht sie Gewalt. Erst im Palais der Lady, wohin er regelrecht entführt und wo ihm nun naturgetreu jenes Kiviera-Ziel vorgeführt wird, erkennt er seine Unbekannte wieder und vergeißt ihr gern das Spiel, das sie mit ihm trieb. George Edwards schrieb eine unaudringliche, nett instrumentierte Schlagermusik dazu.

Unter Oskar Langs Spielleitung und umrahmt von geschmackvollen Dekorationen, bemühen sich die Hauptdarsteller um die möglichst charakteristische Zeichnung ihrer Rollen. Als Lady X entwirft Hilde Leffler nicht nur Charme, sondern führt ihr gut gemeintes Intrigenspiel auch konsequent durch. Gute Bühnenfigur einzulegen. Sein recht unpersonliches Spiel erwärmt nicht und der Klang ist mittelmäßig. Das unermüdliche zweite Paar befindet sich bei dem übermütigen Ino Wimmer und der leichtfüßigen Trude Reiter in den besten Händen. Rudolf Kurt, Erich Gottschall, Edmund Pouch u. a. vertreten kleinere Rollen. Ernst Sommer leitet die rhythmisch gefestigte Aufführung musikalisch.

Die meisten Schläger mußten wiederholt werden, am Schluß des zweiten Aufzuges schüttete sich wieder ein Blumenregen auf die Bühne, und der Beifall wollte kein Ende nehmen.

Aus Schlesien.

Weg mit Seibold!

Die Anführer von Langenöls verlangen Verlegung des sozialdemokratischen Landrats.

Die Organisation der Anführer von Langenöls, genannt „Kreislandbund Nimptsch“, hat in ihrer letzten Vorstandssitzung festgestellt, daß Genosse Seibold nicht ihr Vertrauen besitze und den Erbscholtiseibesitzer Kochler-Jordansmühl beauftragt, beim Regierungspräsidenten wegen einer Verlegung des unsympathischen Landrats vorstellig zu werden. Kochler wird, wie die „Schlesische Zeitung“ zu berichten weiß, da er Kreisdeputierter und Kreisratsmitglied ist, bei dieser Unterredung auch verschiedene andere den Kreis betreffende Angelegenheiten zur Sprache bringen. Die polnische Filiale des Landbundes, die Deutschnationale Regierungspartei des Kreises Nimptsch, schließt sich diesem Vorgehen selbstverständlich vollinhaltlich an.

Es gehört schon wirklich die ganze Frechheit schlesischer Junker, die durch den vorgehenden Erbscholtiseibesitzer nur schlecht maskiert sind, um nach den Langenöls Vorgängen auch noch Forderungen an die Staatsbehörden zu stellen, gegen die man mit sehr ungeistigen Mitteln „argumentiert“. Oder will der Nimptscher Landbund etwa bestreiten, daß es seinen Einflüssen zu danken ist, wenn der „Gesangverein zur heiteren Lerche“ an dem Kravalltage über 800 sanges- und tanzfreudige Landwirte zu der Langenöls Verleserung mit dem unzweideutigen Wunsche, eine Amtshandlung unmöglich zu machen, versammelten. Wir nehmen an, daß der Regierungspräsident die Petenten mit entsprechender Reserve empfangen wird und ihnen vielleicht die Frage vorlegt, warum man eigentlich nicht im Kreisrat oder im Landtag gegen Seibold vorgeht. Unseres Wissens war erst dieser Tage eine Sitzung des Kreisrats, bei der jedoch kein diesbezüglicher Beschluß gefaßt wurde.

Die Polen in Deutschland.

Beantwortung polnischer Angriffe durch die preussische Regierung.

Bei den Landtagsverhandlungen zum Etat der Unterrichtsabteilung wühlte am 15. März d. J. der Abgeordnete Baczecki namens der polnischen Minderheit Angriffe gegen die preussische Minderheitspolitik, die er unter Heranziehung der neuesten Vorgänge in Südtirol als brutal, hinterlistig, falsch und unehrlich bezeichnete. In seiner Erwiderung lehnte namens der preussischen Staatsregierung Ministerdirektor Trendelenburg es ab, auf diese italienischen Vorgänge einzugehen, da hierfür weder der preussische Landtag zuständig, (die Zuständigkeit erscheint uns allerdings weniger erheblich als Einwand wie die Unmöglichkeit die hemmungslos wühlende Diktatur in Südtirol mit dem parlamentarisch regierten Preußen zu vergleichen. Red. der Volkswacht), noch von dem Abgeordneten Baczecki irgendwelches Material gegeben worden sei, das einen Vergleich auch nur entfernt ermöglichen würde. Von den weiteren Ausführungen des Ministerdirektors Trendelenburg teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Der Abgeordnete Baczecki habe allgemein ausgeführt, das Programm des Reiches und Preußens sei bestimmt, die polnische Minderheit zu unterdrücken. Auch das könne er nicht unabweisbar lassen. Bekanntlich hat das Programm die Aufgabe verfolgt, die durch die neue Grenzziehung hervorgerufenen wirtschaftlichen und kulturellen Notstände zu beseitigen, und dem sei in einer Weise nachgekommen, die sich keineswegs gegen die Minderheit richte. Ferner habe der Abgeordnete geltend gemacht, daß von preussischer Seite die polnische Sprache unterdrückt würde, ja er habe gesagt, man wolle der polnischen Minderheit ihre Muttersprache nehmen. Beispiele nach dieser Richtung seien nicht angeführt worden. In diesem Zusammenhang mache er auf das Rundschreiben des Kuratoriums des Kommerziellen (Polen) Schulbezirks vom 10. Dez. 1925 aufmerksam, in dem es u. a. heißt, es sei der Lehrerschaft in bekanntester Form vorzuhalten, daß einzig und allein die polnische Sprache diejenige ist, die ein polnischer Lehrer auch in seinem Privatleben gebrauchen darf; ferner sei auf die Lehrer dahin einzuwirken, daß sie in jeglicher Weise darum bemüht sein müssen, daß auch die Schützlinge sowohl in der Schule als auch außerhalb derselben polnisch spreche. Im Gegensatz zu der Behauptung des Abgeordneten Baczecki, in den Minderheitsländern Preußens sei überhaupt kein polnisches Lehrbuch vorhanden, ist das preussische Staatsministerium nicht nur für die Herstellung eines solchen besorgt gewesen, sondern hat auch 12.000 Mark ausgegeben, damit sein Preis sich nicht höher stelle als der der deutschen Lehrbücher.

Wenn der Abgeordnete Baczecki weiter behauptete, daß gerade in Oberschlesien der polnischen Minderheit ihre Muttersprache genommen werde, so müsse auf die wiederholten öffentlichen Erklärungen des Oberpräsidenten dieser Provinz verwiesen werden, der sich angelegentlich bemüht habe, selbst die sprachlichen Bemerkungen zu beseitigen, die einer betrüblichen Regelung des Minderheitenschulwesens entgegenstehen. Das preussische Staatsministerium habe in Deutsch-Oberschlesien das Genfer Abkommen nicht nur stets loyal erfüllt, was schon dadurch bewiesen wird, daß Beschwerden hierüber kaum (Ein: nähere Angabe wäre hier allerdings wünschenswert. Red. der Volkswacht) erhoben sind. Es habe auch 24 Minderheitschulen, die nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens eingerichtet worden sind, für deren Beibehaltung aber mangels genügender Benutzung durch die Minderheit die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, bis heute aufrecht erhalten. Es gehebe das auch deswegen, um der polnischen Regierung die Möglichkeit zu geben, ihrerseits in ähnlicher liberaler Weise gegenüber den deutschen Minderheitsschulen jenseits der Grenze zu verfahren.

Auf dem Wege wurde ungeachtet der wenig freundlichen Einstellung des Vertreters der polnischen Minderheit die Staatsregierung auch weiter fortgefahren. Sie werde sogar die rechtlichen Unterlagen des Minderheitenschulwesens weiter zu verbessern beabsichtige. Auch dieser Richtung ist im Landtage schon im vorigen Jahre zum Ausdruck gebracht worden, daß die Ausarbeitung einer Ordnung für das Schulwesen der polnischen Minderheit im Gange sei. Eine Studienkommission, die sich aus den Vertretern der dort für zuständige preussischen und Reichsbehörden zusammenschließt, habe bereits seit dem Jahre 1926 diese schwierige Arbeit in Angriff genommen. Sie habe sie zu einem gewissen Abschluß geführt und habe ihre Materialien dem Staatsministerium vorgelegt.

Die Verurteilungen im Trebnitzer Steuerbüro

Vom Jahre 1926 beschäftigten am vergangenen Dienstag die Große Strafkammer Oels. Das Schöffengericht Oels verurteilte wegen Amtsenthebung den früheren Garnisonverwaltungsinspektor und späteren Magistratssekretär Walter Krause aus Trebnitz zu einem Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht hielt für erwiesen, daß Krause, der das städtische Steuerbüro leitete,

Luzbarkeitssteuerbeiträge bei Gastwirten, Vereinen und Schaustellern persönlich eingezogen hatte, obwohl er dazu kein Recht hatte, und daß er dieses Geld für private Zwecke verwendete. Ebenso wurde für erwiesen angesehen, daß R. Beiträge, die er für Hundesteuern eingezogen hatte, ebenfalls unterschlagen hatte. Auf die Verurteilung des Angeklagten hin, beschlagnahmte sich unter Aufgebot eines erheblichen Zeugenapparates in mehrstündiger Sitzung die Strafkammer mit den Untersuchungen. R. bestritt nach wie vor, und forderte u. a. Verdonung eines Sachverständigen auf steuerrechtlichem Gebiet. Die Strafkammer kam schließlich zur Verurteilung, zwecks weiterer Zeugenabholung.

Soczewa wegen Totschlags verurteilt.

Die Verhandlungen gegen den Lustmörder Soczewa vor der Königshütter Strafkammer wurden an beiden Tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Ein näheres Eingehen auf die Vorgänge ist deshalb unmöglich. S. wurde zu einer Gesamtstrafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Strafbegründung kann man entnehmen, daß S. die Brutalität an der kleinen Margalle selbst eingehalten hat und in den übrigen vier Fällen das Beweismaterial erdrückend belastende Momente ergab. Bei der Strafbemessung war ausschlaggebend, daß der Täter am Tage der Mordtat bis 7 Uhr früh gezecht hatte, so daß das Gericht der Ansicht war, S. habe bei Ausübung der Tat noch unter Einfluß des Alkohols gestanden. Infolgedessen lautete der Schuldspruch nur auf Totschlag, hätte man auf Mord erkannt, so wäre S. zum Tode verurteilt worden. Die Gesamtstrafe für alle Taten betrug 39 Jahre Zuchthaus, die gemäß dem Gesetz, das die Höchstgrenze der Freiheitsstrafe bei 15 Jahren ansetzt, auf 15 Jahre ermäßigt wurden.

Schweidnitz. Die Wahlen zum Versicherungsamt für den Landkreis hatten folgendes Ergebnis: 11.566 Stimmen erzielten die freien Gewerkschaften, 6.227 Stimmen die Christlichen Gewerkschaften; danach ergab die Liste I 4 Sitze, Liste II 2 Sitze. Die Arbeitgeber hatten nur eine Liste eingereicht und brauchten infolgedessen nicht zu wählen.

Glag. 31 Einbrüche zugegeben! Der in Glag im Gerichtsgang wegen Kirchen-, Bahnhofs- etc. Einbrüche einziehende Schloffer und Handlungsbefehl Walter Richter, hat außer den schon kürzlich gemeldeten Einbrüchen bis jetzt eingestanden, 19 Kirchen-, 2 Bahnhofs-, 7 Logis-, 1 Gartenlaube-, 1 Hofstube- und 1 verfallene Einbruchdiebstahl und zwar in Delsnik, Würzburg, Stuttgart, Coburg, Leipzig, Görlitz, Dresden, St. Gerden, Glandau, Chemnitz, Freiberg in Sa., Trautenau, Marklitz, Greiffenberg, Hirschberg, Warmbrunn, Viehau in Schlesien, Gröfchau, Eisersdorf, Allersdorf, Schredendorf, Kunzendorf, Abbenberg, Mittelweine, Grafenort, Habelschwendt und Glag ausgeführt zu haben. Die Einbrüche wurden stets mit Einbruchswerkzeug, daß er in einer schwarzen ledernen Aktentasche bei sich führte, vorgenommen. Da der Genannte die verübten Verbrechen über Kirchen etc. bei sich führte, ist es nicht ausgeschlossen, daß er noch weitere Einbruchsdiebstähle geplant oder ausgeführt hat. Entsprechende sachdienliche Meldungen dürften der nächsten Ortspolizeibehörde oder den mit den weiteren Ermittlungen beauftragten Kriminal- und Grenzkommissariat Glag zu übermitteln sein.

Oppers. Der neue Oberbürgermeister Genosse Dr. Berger wird am 10. April durch den Oberpräsidenten Dr. Proste in sein neues Amt eingeführt werden.

Personaleränderungen bei Regierung und Ober-Präsidium. Wie gemeldet wird, wurde Landrat Müller (Soz.), Halle, zum Vizepräsidenten bei der Regierung, Regierungsekretär Dr. Fischer (Str.) zum Vizepräsidenten beim Oberpräsidium ernannt. Der bisherige Vizepräsident Dr. von Krause (Dtn.) bei der Bezirksregierung wurde nach Erfurt versetzt.

Reife. Milde Richter gefunden. Der Reifeuprojekt gegen zwei Beamte des hiesigen Zollamts, denen Tabaksteuerhinterziehung und andere Vergehungen zur Last gelegt wurden, fand jetzt seinen Abschluß. Der Ober-Zollinspektor Anhut wurde wegen Urkundenfälschung zu 6 Wochen Gefängnis und der Zigarrenkaufmann Scholz wegen forgesetzter Tabaksteuerhinterziehung im Rückfalle zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Zollinspektor Hall wurde vollständig freigesprochen.

Königshütte, Polnisch-Schlesien. Eine sexuelle Beichte. Am Donnerstag begann vor der hiesigen Strafkammer unter ungeheurem Andrang des Publikums der Prozeß gegen den 25jährigen Lustmörder Soczewa. Die Anklageschrift legt ihm außer dem Lustmord an der zehnjährigen Magdalena Rangalla je eine weitere schwere Vergewaltigung und Notzucht und je einen Versuch der Notzucht und Vergewaltigung an vier Mädchen im Alter von elf und zwölf Jahren zur Last.

„Landarbeiter“ Hennig oder die Landbundsliste.

Die Aufmachung ist alles im modernen kapitalistischen Geschäftsbetrieb. Sei es Lakatze, sei es Kufittel, sei es Schupphrem oder Bankgeschäft — Kellame ist die Vorbedingung im Kampf um das Publikum. Nach ähnlichem Prinzip arbeiten heutzutage auch die politischen und wirtschaftlichen Organisationen, deren Wurzeln, deren bestimmende Kraft in den Kreisen des Kapitals, der Industrie oder des Großgrundbesitzes zu suchen sind. Der Landbund ist in dieser Beziehung übermodern, hat sich von altfeudalen Vorurteilen recht gewandt losgelöst und die volkstümliche, zugkräftige, alles überbietende, alles überstreichende Kellame zum Grundsatz seines organisatorisch-politischen Geschäftes gemacht. In Wirklichkeit Interessentenorganisation der Latifundienbesitzer, jener Herren, denen Grund und Boden nichts ist, wie Mittel zum Zweck der Profiterzeugung. Der Landbund in seiner Kellame empfiehlt sich einem geehrten Publikum als knorrig, wurzelhafte Bauernvereinigung. Der Bauer dessen Arbeitseigentum an Acker nur kümmerlich nährt, der Landarbeiter, dessen Lohn- und Lebensverhältnisse weit unter der Grenze menschenwürdiger Existenz liegen, werden dabei als Vorspann, als Zugvieh vor den Landbundsarren gespannt. Dazu braucht man aber Staffage, Kulisen wie im Theater, wo es gilt, mit etwas Leinwand und Farbe einen Wald darzustellen. Die Kullisse des Landbundes ist nicht aus Leinwand und Farbe, ist nicht erkennbar wie die des Theaters, sie ist die Kullisse der großprecherischen Phrase und der Kennzeichnerbauer. Der meist obige Großgrundbesitzer hält die Fäden dieser Organisation fest in seiner Hand; läßt, jedoch bei passender Gelegenheit einen „Landarbeiter“ oder „Bauernzugsbesitzer“ auftreten, der dann sozusagen den Kronzeugen für die im Landbund vorgebildet herrschende Demokratie abgibt, gerade so wie die kapitalistischen Parteien für das städtische Publikum auf irgendwelchen Plätzen ihrer Listen einen Arbeiter oder Handwerks-

meister ihres Sinnes zur Verhöhnung des Gesamtbildes aufzustellen pflegen.

Doch es kommt in der Praxis nicht darauf an, daß jemand Arbeiter oder Bauer ist. Es kommt darauf an, daß Arbeiter und Bauer zu selbständigen Bewusstseins, zu selbständigem Handeln, zu einem selbständigem Willen als Angehörige bestimmter, von anderen scharf abgegrenzter Gesellschaftsschichten erwachen. Nie und nimmer wird der Zentrums-Industrielle Glöckner Arbeiterinteressen gegen sich selbst, nie und nimmer der Herr Richter Hofen auf Boguslamsky Interessen des selbstarbeitenden kleinen Landwirtes oder gar Interessen der halbboerlichen schlesischen Landproleten gegen sich selbst vertreten können. Keine nationale Phrase, kein Gerede von Volksgemeinschaft und kein kirchliches Dogma kann je die einfache und doch von so vielen noch nicht wohl erfaßte Tatsache vermissen, daß der Arbeiter in der Werkstatt im Interessengegenhalt zum Unternehmer, der selbstarbeitende Stelkenbesitzer und der Landarbeiter zum Latifundienbesitzer stehen.

Diese Tatsache soll unsichtbar gemacht werden, soll verschwinden hinter der Landbundsliste, die in unserer Gegend meist „Landarbeiter“ oder „Landwirt Hennig“ heißt. Dieser unermüdbare Landbund-Agitator ist wieder einmal eifrig tätig, den Klassencharakter des Landbundes zu verwischen, sich als Kullisse vor die schlesischen Großgrundbesitzer zu stellen. Aber Hennig war nicht immer „Landwirt“, nicht immer „Landarbeiter“, sondern einstens ein recht, recht radikaler Sozialdemokrat. Hennig gehörte zu denen, die in allzu reichlicher Zahl nach dem Umsturz zu uns kamen, ohne je wirklich Sozialist zu werden. Damals wollte er die Junker und die Pfaffen an Laternenpfehlen aufhängen. Da das weder bei der Mehrheitspartei, noch bei den Unabhängigen große Mode war, wanderte Hennig nach Le... und ward noch eine Schätzerung rrrrradikaler.

Später aber, die Zeitspanne ist nicht sehr groß, tauchte er wieder in Schlesien auf, verbreitete national-sozial gemischte Broschüren für geistig Minderbemittelte und ward plötzlich Angestellter des famosen christlichen Landarbeiterverbandes. Im Gegensatz zu sozialistischen „Bonzen“, die bekanntlich alle in luxuriös eingerichteten Palästen wohnen, brachte es dieser wandlungsfähige und stimmgebare Herr aber nur zum — Stellenbesitzer in Ober-Stephansdorf (Kreis Neumarkt). Boshafte Leute behaupten zwar, seine Kenntnisse der Landwirtschaft seien noch etwas mangelhaft. Aber das macht ja nichts. Die Hauptsache ist die Kullisse, die Kullisse „Landwirt“, die sich in einer Volksversammlung auf dem flachen Lande recht gut ausnimmt und dem Landbund viel Stimmungsgewinn bringt. Vor einigen Jahren gab Hennig unter Firma „Landarbeiter“ eine völkisch-soziale Broschüre heraus, die sich an die Landarbeiter wandte und, ähnlich den italienischen Faschisten, radikal-soziale Forderungen wie gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit, Schuß der Arbeitskraft vor Ausbeutung und Raubbau, ja sogar Gewinnbeteiligung des Arbeiters am Gewinn des Unternehmers aufstellte. Die italienischen Faschisten haben seither ihr Programm längst zu den Akten gelegt und das Gegenteil ihrer einstigen Forderungen in Wirklichkeit umgesetzt.

Serv Landarbeiter, Landwirt Hennig, ebenfalls. Er agitiert heute für den Landbund, auf dessen Demonstrationstafeln gegen das Erwerbslosenversicherungs-gesetz gezeichnet wird.

An der Arbeiterkammer und den Kleinbauern des flachen Landes und der kleineren Städte wird es liegen, daß diese Kullisse der Landbundsliste als nicht mehr zugkräftig auf die Kumpelkammer kommt und an die Stelle des Landbundsleiters der Machtkampf des arbeitenden Volkes um seine Lebensrechte tritt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt. Versammlungskalender.

(Hier finden lebhaftige Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Schmolz. Heute, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Parteiver-sammlung im Lokal Rabitz. Redner Genosse Ohlig. Sorgt für guten Besuch.

Serrmannsdorf. Am Mittwoch, den 4. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Gasde eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Genosse Paul Löbe und andere Führer werden durch Fernübertragung Ansprachen halten. Die Genossen aus Strachwitz und Arnolds-mühle müssen rechtlos erscheinen. Redner Genosse Schiffer.

Cosel. In einer Bezirks-Mitgliederversammlung spricht am Donnerstag, den 5. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Hente, der Genosse Schiffer. Kein Mitglied sollte fehlen. Frauen mitbringen.

Breslauer Produktenbörse vom 2. April.

Amtliche Notierungen an der Breslauer Produktenbörse vom 2. April 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartofeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonsabladungen. Tendenz: Getreide: Abwärtend. — Delfaaten: Erwas freundlicher. — Kartoffeln: Bei kühlerem Angebot ruhig. — Wehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Delfaaten	
2.	31.	2.	31.
Weizen 74kg G.G. 26,20	26,20	Weizen Art und Güte legt. Erste 36,10	—
Roggen 71kg* 27,30	27,30	2. Unterart 38,00	—
Hafer 24,00	24,00	3. Unterart 34,00	—
Erbsen gute 29,00	29,00	4. Unterart 36,00	—
Erbsen gute 27,00	27,00	5. Unterart 64,00	—
Industriegetreide einchl. Winterg. 24,00	24,00		

Amtliche Notierung für Mählenerzeugnisse (je 100 kg)		Auszugmehl	
2.	31.	2.	31.
Weizenmehl 37,75	37,75	43,50	43,50
Roggenmehl 38,00	38,00		

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Unz. je nach Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgefahr in Getreide und Wehl. Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Rahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark. für Getreide pro 100 kg, für Wehl pro 100 kg brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter		Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter		Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter		Roggenmehl nach Typen %	
	2. 4.	31. 3.	2. 4.	31. 3.	2. 4.	31. 3.	2. 4.	31. 3.
Mai . . .	273 G	275 G	259 B	—	258 1/2 B	260 B	—	—
Juni . . .	—	267 B	266 G	—	257 G	254 G	—	—
Septbr. . .	—	265 G	267 1/2	—	—	257 B	—	—
			265 G	—	—	265 G	—	—
			249 1/2 B	250 1/2 B	—	—	—	—
			248 1/2 G	250 G	—	—	—	—

Tendenz: Weizen, Roggen, Hafer ruhig, Weizen gehäufte. Spezialtariffe (Erzeugerpreise) frachtfrei Breslau: Rogg 2,60, Weizen 2,30. Getreidepreise ab Verladestation für das Gebiet Preußen je 100 kg.

Zum Alltag u. zum Feste

bleibt Christ's Brot

doch das Beste!

Jetzt auch Schirme und Stöcke

- Damen-Schirme, 12-teilig, Maccotaffet, braun und blau, mit modernen Rundhaken . . . Mk. **2,95**
- Damen-Schirme, 12-teilig, Halbselde, festkantig, braun, blau, schwarz, gr. Griffsortiment, Mk. 6.75, 5.90 **4,90**
- Damen-Schirme, 12-teilig, durchgestreift, schöne Muster, braun u. blau, Halbselde Mk. 5.90, Maccotaffet **4,90**
- Damen-Schirme, Satin de Chine, mit breiter fester Kante, braun, blau u. schwarz, 12- u. 16-teilig, Elegante Rundhaken, auch Horngriffe, Mk. 13.75, 11.75, 9.75 **8,75**
- Damen-Schirme, Dreiviertelseide, wundervolle Muster, la Fantasie-Griffe, Mk. 24.75, 22.50, 19.75 **16,75**
- Herren-Schirme, Halbselde mit fester Kante, Seidenfutteral u. apart. Griff, Mk. 12.75, 9.75, 7.75, 5.90 **4,90**
- Kinder-Schirme, schwarz und farbig und in Bordürenstoffen, moderne Ausführung, von Mk. **2,95 an**
- Herren-Spazierstöcke, vom Elegantesten bis zum Einfachsten, in hervorragend großer Auswahl, Mk. 6.75, 5.90, 4.90, 3.95, 2.95, 1.95, 1.45 **95**

Größe Auswahl in reinseid. Damen-Schirmen in geschmackvoller Ausstattung, m. Gold- u. Silber-Gabel, von Mk. 24.75 an

Prof. Dr. Franz Landsberger: Albrecht Dürer / Dr. Will-Erich Peuckert: Ostern in Kaiserswaldau / Dr. Alfred Schellenberg: Geschmückte Faltböden / Carl Lange: Das kulturelle Leben des deutschen Ostens mit besonderer Berücksichtigung Danzigs / Prof. Dr. Conrad Buchwald: Moderne Läden / Dr. Peter Epstein: Ein schlesisches Passionalied / Dr. Franz Servaes: Schlesische Bühnenkünstler in Berlin / Johannes Guthmann: Wenn die Olympier sterben. — — — — —
Dazu eine allumfassende Rundschau

Alle diese, z. T. reich bebilderten Abhandlungen finden Sie im Aprilheft der Schlesischen Monatshefte, die als führende schlesische Heimatzeitschrift auch Sie über alle, den Schlesier interessierenden Kulturfragen auf dem laufenden halten möchten. — Der Bezugspreis beträgt nur 1,— RM. monatlich. Ein Probeheft und einen ausführlichen Prospekt erhalten Sie kostenfrei in jeder Buchhandlung oder vom Verlag Wilt. Gottl. Korn, Zeitschriften-Abteilung, Breslau 1, Schuhbrücke 53. — — — —

Ziehung 20. u. 21. April 1928
Große zweite Volkswohl-Lotterie
Alle Gewinne 90% bar!
Jedes Los gilt 10 Ziehungen
19 562 Gewinne und 2 Prämien
400 000
150 000
25 000
100 000
50 000
20 000
10 000
Montagsgewinne
Josef R.M. Doppellos 2 RM.
Glücksbriefe 5 Lose 5 RM. 10 Lose 10 RM.
Porto und Listen für Ziehungen 50 Pfennig extra / erand geg. bar. Briefmarken und auch gegen Nachnahme
Arndt Brosiar 45
Am Taubentzenplatz
gegenüber Wertheim-Ecke
Ziehung 9. bis 14. Mai 1928
Postcheck Breslau 2571
Für Scheitnig und Odertor:
Gneissau-Drogerie,
Gneissauplatz 4, erhältlich

Alle Arten Möbel
einzelne u. ganze Einrichtung.
kauft man günstig im Volks-
speicher. Einlagerung Möbel
von Wohnungslosen und vom
Lager. Vorfähigung durch den
Lagerhalter des
Erl. Breslauer
Möbel-Speichers,
Robert W. Stähe,
Berliner Straße 9.

Jetzt auch Tisch- und Handtücher

- Tischtücher, baumwollene kräftige Qualitäten, Jacquard- und Würfelmuster, Größe 130/130 cm und 130/160. Mk. 3.95, 2.95 **2,75**
 - Servietten, dazu passend, 60/60 Mk. 1.25, 0.85 **2,95**
 - Tischtücher, Halbleinen, griffige Ware, hübsche Blumenmuster, Gr. 130/130 u. 130/160 Mk. 4.90, 3.95 **5,75**
 - Servietten, passend, 60/60 Mk. 1.20, 0.85, 0.75 **6,75**
 - Tischtücher, Rein Leinen, gute Gebrauchsquallitäten, moderne Zeichnungen, Größe 130/130 und 130/160 Mk. 8.75, 6.75 **1,10**
 - Servietten, passend, 60/60 Mk. 1.95, 1.30, 1.10 **78**
 - Künstlerdecken, in Crepe od. Rips, aparte, neue Muster, 130/130 und 120/160 Mk. 8.90, 7.90 **58**
 - Gesichts-Handtücher, erprobt Gebrauchsquallitäten, Jacquard und Dreif, Halb- und Reineinen, gesäumt und gebändert Mk. 1.95, 1.45, 1.25
 - Küchen-Handtücher, Rein Leinen, grau-weiß gemustert oder gestreift, mit roter Kante Mk. 1.10, 0.98
 - Küchen- u. Wischtücher, Rein Leinen, rot u. blau kariert, gesäumt u. gebändert, 55/55 Mk. 0.95, 0.85, 0.65
 - 1 Posten einzelne Tischtücher in verschiedenen Größen, Rein Leinen, beste schlesische Qualitäten mit kleinen Webfehlern 33% unter Preis.
- Elegante Spitzendecken, Filzdecken und Klöppeledeckchen in allen Größen und Preislagen

Buchhlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Grapenstraße 5

Brennholz
gibt laufend ab in kleinen und größeren Mengen
Dampfsägewerk Breslau X,
Verlängerte Niedergasse. 5194

Neuerscheinungen!
Drei neue Frauenbücher
PROF. DR. A. GROTHJAHN
Das Gesundheitsbuch der Frau
Mit besonderer Berücksichtigung des Geschlechtslebens - Vierte vermehrte Auflage
HALBLEINBAND 4.50 MARK
E. V. A. K. L. A. A. R.
Die vier Tage der Hanne Werth
EIN ROMAN AUS DEM VOLKE
KARTONNIERT 1.50 MARK
E. L. A. R. I. S. C. H.
Mein kleines Backbuch
100 Rezepte für die Backkunst im Hause
KARTONNIERT 0.80 MARK
Zu beziehen durch
Buchhandlung Volkswacht
Neue Grapenstr. 5 u. Neue Taschestr. 11

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis 22 Uhr:
16. Abonn.-Vorstell.
Serie F
Die Schneider von Schönau.
Mittwoch
20 bis nach 22 Uhr:
16. Abonn.-Vorstell.
Serie G
Der verlorene Gulden.
Donnerstag
20 bis nach 22.30:
16. Abonn.-Vorstell.
Serie H 5176
Hoffmanns Erzählungen.

Schauspielhaus.
Operettenbühne, 3176
Tel. Stephan 2500.
Täglich 20 Uhr:
„Lohn E. . . .“
Operettenabg.,
abmittags 15 1/2 Uhr:
zum 56. Male!
Der Sarcowitsch
Operettenabg.,
abmittags 15 1/2 Uhr:
„Eine Frau von Formai“
Operettenabg., Operettenabg.
und täglich 20 Uhr:
„Lohn E. . . .“

Lobe-Theater.
Tel. Ring 674.
Täglich 20 Uhr:
„Faut“ 1 Teil
mit 6 Akte.
Reizvolles
Geschichtliche
Darstellung
Operettenabg. und
Restes, 15.30 Uhr:
Der Heger.

Thalia-Theater
Tel. Ring 670.
Täglich 20 Uhr:
„Gott“
3. Jahres-Theater
„Der kleine Vogel“
Kartierung:
Sonder-
stücker
Karten
Operettenabg. 15.30:
Tel. Ring 670
durch das
Kassier:
von 10.00 bis 10.00.

Operettenbühne
Breslau 1, Poststr. 45

Liebig-Theater
Tel. Stephan 346 46
Täglich 20 Uhr:
Das Riesen-Oster-Prgr.
mit 12 internationalen
Varieté-Aktionen.
Ermäß. Sommerpr.

Nur ein **Urteil:**
Herr **Bender** hat
sich bei seinen
Revue bei weitem
überboten
Täg. 8 1/4 Lokal-
Revue:
Jupiter geht fremd
Bender-Nertens
Viktoria-
Theater - Reg. 2297
Kartierung geschlossen.
L. u. H. Feiertag
nachm. 3 1/2 Uhr
Freud- u. Familien-
Vorstellung.
Bender-Revue:
Jupiter geht fremd.
Das ganze Abend-Prgr.
zu ermäßigten Preisen.

Reihweise elegante
Kost- und
Sonder-
Anzüge
Grad-
A. Patalong
Schneiderei
Bischoffstraße 3.

Für Stilleben
aus Holz, die
innerhalb 14 Tagen
nach Abnahme des
Bestellungs nicht
abgeholt, kann eine
Gewehr für Wunde-
mahnung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Volkswacht

B alle bei allen
Kassen des
Jahres
1928
22. April

Wein-Import-Haus Herzberg & Co.
verkauft in seinen
5 Geschäften:
Höfchenstraße 48
Blücherplatz 16
Klosterstraße 64
Michaellisstraße 3
Leubnerstraße 10
deshalb so billig, weil es die Weine direkt in ganzen
Waggons aus dem Anbaugebiet.
Echle süße Südwine
vom Fass p. Lt.
Südwine bläulich oder gelb 1.25
Luci Sannas 1.50
Tarragona 1.40
Malaga gelblich 1.50
Sherry-Wine 1.40
Vino Vermouth 1.40
In Flaschen auch in höheren Preislagen
erhältlich p. Lt.
Porter-Wine 1.30
Rotwein leicht, kräftig 1.20
Obstweine
p. Lt. Flasche
Cyber 0.85
Malbec-Wein 0.80
Johannisbeerwein 0.85
Nachbeerwein 0.85
Frucht 1.45

Jetzt auch Bettwäsche
Kissenbezüge aus gutem Linon, mit zweimal handgezog. Hohlsaum, Gr. 80/100 Mk. 2.75, 80/80 **1,95**
Kissenbezüge aus Ia Linon, mit handgezog. Hohlsaum u. Pünktchen, Gr. 80/100 Mk. 2.95, 80/80 **2,75**
Kissenbezüge aus erprobtem Linon, mit Feston-Einsatz Größe 80/100 Mk. 4.90 **3,95**
Überschlaglaken aus Linon, best. Verarbeitung, zum Kissen passend, Gr. 150/250 Mk. 11.50, 8.90 **6,90**
Bettlaken, volle Größe, aus gutem, kräftigen Dowlas Mk. 4.90, 3.75 **2,95**
Bettlaken aus Halbleinen, vollgebleicht, bestes schlesisches Fabrikat, Größe 150/225. Mk. **4,90**
Bettbezüge aus Linon, gut. Gebrauchsquallitäten, beste Verarbeitung, Größe 130/200 Mk. 7.90, 5.90 **4,90**
Bettbezüge aus Streifensatin oder Damast, große Blumenmuster, Gr. 130/200 Mk. 9.75, 8.50 **6,90**
Große Auswahl in eleganter handgestickter Bettwäsche
Rudolf Petersdorff
BRESLAU - CHAUERSTRASSE - SCHUHBRÜCKE

Das Erdbeben in Smyrna.

Das Erdbeben in Smyrna hat anscheinend nicht so viele Menschenopfer gefordert, wie ursprünglich angenommen wurde. Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der Getöteten 26, der Schwerverletzten 58. Der in Smyrna angerichtete Gebäudeschaden ist ungeheuer; nur ungefähr zehn Prozent aller Gebäude der Stadt und der Umgebung sind vom Beben verschont geblieben. Die verängstigte Bevölkerung wagt es noch nicht, in die Häuser zurückzukehren. Das Rote Kreuz hat einen umfangreichen Notdienst eingerichtet. Der Geschäftsverkehr in Smyrna ruht fast völlig, die Börse ist geschlossen. Die meisten Verbindungen mit der Außenwelt konnten noch nicht wiederhergestellt werden. Am schwersten betroffen sind die alten Teile der Stadt. Zwei Moscheen und zwei große Bankhäuser drohen jeden Augenblick einzustürzen. Dreihundertzwanzig Wohnhäuser mußten geräumt werden. Um Plünderungen zu verhindern, ist das Standrecht verhängt worden. Der Schrecken der Bevölkerung wurde noch durch ausbrechende Brände in der Stadt vermehrt. Vom Erdbeben wurde ganz Westanatolien betroffen.

Neue Erdstöße in Smyrna.

In der Gegend von Smyrna sind Montag weitere leichte Erdstöße verspürt worden. Die Bevölkerung von Smyrna verbringt bereits die dritte Nacht im Freien.

Zwei Arbeiter im Schacht verbrannt.

In den Anlagen der Wilhelmshavener Kanalisation hat sich am Montag ein schweres Explosionsunglück ereignet, bei dem zwei Arbeiter auf tragische Weise verbrannten. Im Sammelkanal der Anlagen wurden durch die zwei Arbeiter Reinigungsarbeiten ausgeführt. Anscheinend sind die von ihnen benutzten Sicherheitslampen undicht gewesen. Die Lampen explodierten unter starker Dampfbildung und in wenigen Minuten war der Hauptkanalisations-schacht in einer Ausdehnung von zwei Kilometern ein einziger unterirdischer Feuerherd. Auf die Hilferufe aus dem Schacht eilte sofort die Wilhelmshavener Feuerwehr herbei und pumpte mit Hilfe eines neuen Schaumfeuerlöschers 48 000 Liter Schaummasse in die Kanalisation, wodurch der Brand bald erstickt wurde. Leider gelang es nicht mehr, die verzeigte mit Hilfe rufenden Arbeiter rechtzeitig aus dem Schacht herauszuziehen. In dem Augenblick, als die Feuerwehr die Türe herunterließ, um die Unglücklichen herauszuziehen, schlug eine 100 Meter hohe Feuerfäule nach oben, so daß das Rettungswerk sofort eingestellt werden mußte. Die verkohlten Leichen der beiden Arbeiter wurden später im Kanalschacht geborgen. Man nimmt an, daß die Explosion durch irgendeine Unvorsichtigkeit hervorgerufen worden ist.

Eine Tuchfabrik eingeeßert.

Ein Riesenschadenfeuer legte am Sonntagabend in Burg bei Magdeburg einen Teil bei der Tuchfabrik von Steinle & Wille nieder. Das Feuer wurde gegen 5 Uhr nachmittags in dem großen zweistöckigen Fachwerkbau, in dem die Hauptweberei und Spinnerei untergebracht waren, bemerkt. Die meisten Angehörigen der Bürger Freiwilligen Feuerwehr befanden sich bei Konfirmationsfeiern oder waren verreist. Das Feuer fand in der Materialkammer der Fabrik reiche Nahrung und breitete sich rasend schnell aus; durch Funkenflug wurde auch ein nahe gelegenes zweistöckiges Fabrikgebäude in Brand gesetzt. Beide Gebäude brannten in wenigen Stunden bis auf die Mauern nieder. Der Schornstein der Spinnerei stürzte gegen 11 Uhr mit mächtigem Getöse zusammen. Durch den Brand wurden 25 Webstühle und vier andere sehr wertvolle Maschinen vernichtet. Der Schaden wird auf 200 000 Mark geschätzt.

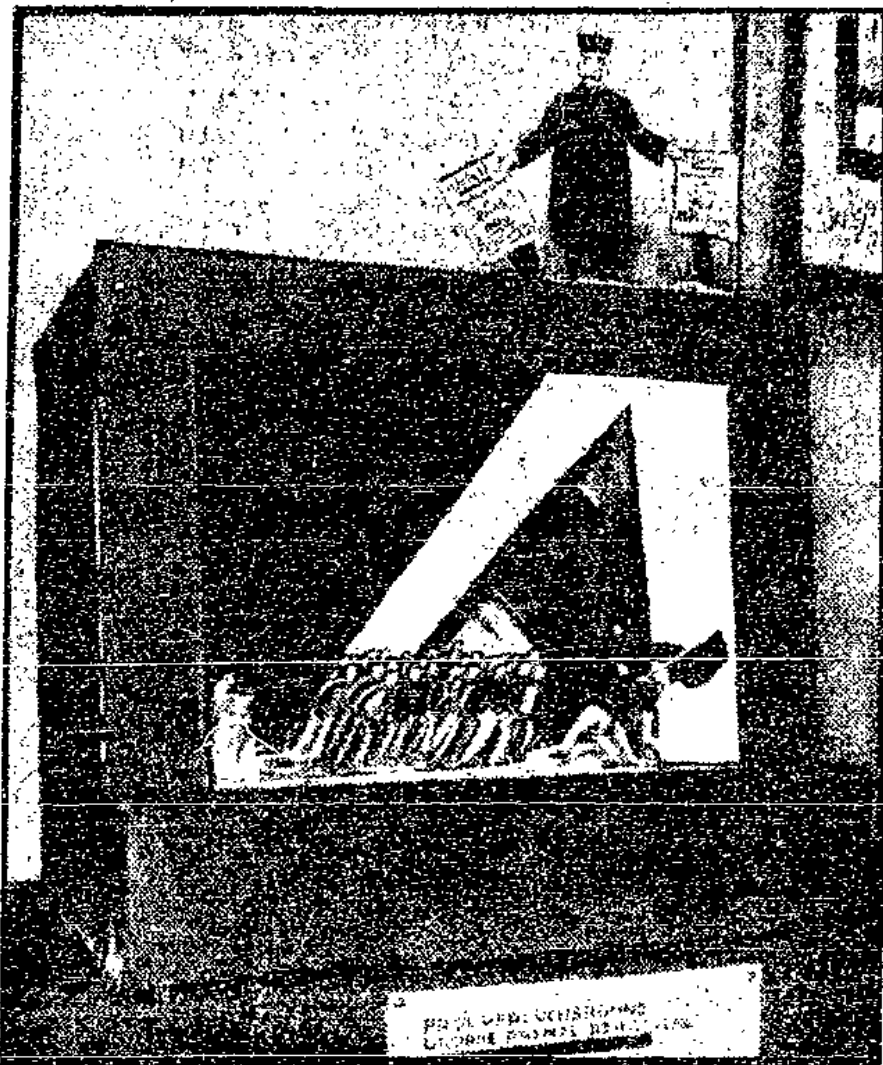
Von der geisteskranken Tochter überfallen.

Aus der Wohnung des Arbeiters Spierling in der Lichtenberger Straße 14, in Berlin, erklangen Montag Abend plötzlich laute Hilferufe. Hausbewohner eilten hinzu und fanden auf der Treppe, unmittelbar vor der Wohnung, die 47jährige Auguste Spierling mit schweren Kopfverletzungen bewußlos auf. Als man durch die offenstehende Tür in die Wohnung einbrach, kam den Eintretenden die 23jährige Tochter Elisabeth entgegen, die in der Hand einen Hammer hielt und mitre Reden führte. Man hielt das Mädchen fest und alarmierte das nächste Polizeirevier, das mehrere Kriminalbeamte an den Tatort entsandte. Die Tochter, die aus erster Ehe stammt, ist in einem Anfall von Geistesgekranktheit ohne jeden Grund mit einem Hammer von hinten über die Mutter hergefallen und hat ihr mehrere wuchtige Hiebe über den Schädel beibracht. Trotz der schweren Verletzungen gelang es der Ueberfallenen, laut um Hilfe rufend, die Treppe zu erreichen, wo sie dann bewußlos zusammenbrach. Die Frau wurde in ein Krankenhaus gebracht und das geisteskrante Mädchen wurde der Irrenanstalt Herzberge zugeführt.

Die Ehefrau vom Balkon geworfen.

Eine schreckliche Ehe tragödie spielte sich in der Nacht zum Montag in dem Hause Johannesstraße 10 in Spandau ab. Der Schlosser Wilhelm Bogler und seine Frau waren von einer Konfirmationsfeier zurückgekehrt. Schon bei dieser Feier hatte Bogler im angetrunkenen Zustande Ausschreitungen begangen. Er forderte dann seine Frau auf, sofort mit ihm nach Hause zu kommen, und als sie sich seiner Meinung nach nicht schnell genug anstellte, schlug er in der Wohnung zwei Scheiben ein. Auf Bitten der Frau hatte eine andere Familie des Paares in ihre Wohnung begleitet. Dort kam es bald zu einem neuen heftigen Aufruhr. Bogler wies die Begleiter aus der Wohnung. Raum hatten diese die Straße hertreten, so wurde oben ein Fenster aufgerissen und ein zerstücktes Frauenkleid heruntergeworfen. Kurz darauf wurden auch die Betten auf die Straße geworfen. Während die Leute das Wehrufermando alarmierten, wiederholte sich oben der Lärm, und plötzlich stürzte Frau Bogler fast unbekleidet vom Balkon herunter und blieb tot auf der Straße liegen. Bogler wurde der Polizei übergeben. Es wird angenommen, daß er in der Tat seine Frau vom Balkon heruntergestoßen hat. Bogler bestritt das. Er will seiner Frau die Kleider vom Leibe gerissen haben, weil sie sich nicht schnell genug ausgezogen habe. Auch die Betten habe er heruntergeworfen. Nach seiner Angabe muß die Frau aus Angst vom Balkon gesprungen sein.

Arbeiter-Theater-Ausstellung in Berlin.



Anlässlich des 10. Bundestages des „Deutschen Arbeiterbundes“, welcher die Arbeiterbilletantenservereine Deutschlands vereinigt, eröffnete der Deutsche Arbeiterbund eine kleine Theaterausstellung in den Berliner Unionjäten. Im Bilde: die proletarische Versuchsbühne der Gruppe Prenzlauer Berg mit einer Kritikierung der deutschen Justiz.

Berlin-Paris per Droschke.

Am Montag morgen ist der älteste Droschkenkutscher Berlins mit seinem Gespann von Wannsee abgefahren, um Paris zu erreichen. Im August vorigen Jahres war die Französin Rachel Doraine von Paris nach Berlin geritten, und in Rannsee war sie dem alten Droschkenkutscher, der auf dem Ruffischerbock sah und auf einen Fahrgast wartete, begegnet. Der Kutscher rief damals der Französin Amazone nach: „Alheil! Ich werde Ihnen mit meiner Droschke und meinem Jossen (Pferd) in Paris einen Besuch machen!“ Diesen Gegenbesuch hat jetzt der 68jährige Kutscher jetzt angetreten. Er gedenkt, durch Verkauf von Anijschinken unterwegs sein Leben zu fristen.

Tödlicher Autounfall der Gattin des brasilianischen Gesandten in Berlin.

Die Gattin des brasilianischen Gesandten in Berlin, Dr. Guerra-Duval, wurde, als sie sich auf einer Autotour von Cannes nach Paris befand, das Opfer eines schweren Unglücksfalles. Das Auto fuhr gegen einen Laternenpfahl und wurde vollkommen zertrümmert, während die Gattin des Gesandten mit zerhacktem Halsschlagader tot aufgefunden wurde.

Loftertermin im Fall Langkopf.

Am Montag Abend fand im Reichsentwicklungsamt ein Loftertermin statt. Es war die Frage zu klären, ob der Farmer Langkopf durch die Schüsse, die er auf dem Korridor abgegeben hat, den Geheimrat Sach töten wollte. Langkopf bestritt das und behauptete, er habe sich selbst töten wollen und bei feien die Schüsse fehlgegangen. Eine genaue Klärung war noch nicht möglich, und das Gericht beschloß, weitere Ermittlungen anzustellen.

Leichenfund im Stadtwalde.

Einen grauenhaften Fund haben Bewohner des Städtchens Mühlrose, das im Regierungsbezirk Frankfurt a. D. liegt, gemacht. In dem Stadtwald stießen sie an abgelegener Stelle auf den Leichnam eines Mannes, der nach dem Gutachten der Ärzte wohl schon zwei Jahre an der Stelle gelegen haben mag. Am Hinterkopf des Toten zeigte sich ein Loch von der Größe eines Zweimarkstückes, das die Ein- und Ausschüttung eines Bleigeschosses sein kann. Außerdem ist die Schädelknoche zertrümmert. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Frauenabteile in den Liegewagen dritter Klasse.

Da des öfteren vorgekommen ist, daß allein reisende Damen in den Liegewagen dritter Klasse mit männlichen Reisenden zusammen in einem Abteil untergebracht werden mußten, hat die Mitropa diesem Uebelstand dadurch abgeholfen, daß sie zwei Abteile für Damen in den Wagen freihalten läßt. Die Reisebüros und die Schaffner haben die Möglichkeit, Herren und Damen getrennt unterzubringen.

Von der Kirchenglocke erschlagen.

Vor der Kirche San Fidora in Salamanca (Spanien) fand am Montag eine Prozession statt. Plötzlich löste sich im Glockenturm der Kirche eine in vollem Schwung befindliche Glocke los und stürzte in eine Gruppe von Knaben und Mädchen. Drei Kinder wurden getötet, mehrere andere schwer verletzt.

Seine Geliebte erschossen.

In dem an der Grenze liegenden Bergwerksdorf Groß-Rosfeld wurde in der Nacht zum Montag die 22 Jahre alte Rosa Reichert in ihrer Wohnung nach einem Streit von ihrem Geliebten erschossen. Der Täter, ein in dem benachbarten französischen Grenzort Klein-Rosfeld wohnender Bergmann Cowno ist flüchtig.

Im Fallschirm über den Ozean.

Der Deutsche Franz Rümer hat Freitag Lissabon in einem 3 Meter langen Fallschirmboot verlassen, in dem er versuchen will, den Ozean zu überqueren und New York zu erreichen. Er glaubt, drei Monate hierfür zu gebrauchen.

Eine offizielle europäische Selbstmordstatistik.

Murde dieser Tage in Genf veröffentlicht. Danach werden in Europa durchschnittlich 50 000 Selbstmorde jährlich verübt. An erster Stelle stehen Ungarn und die Tschechoslowakei mit 26 Selbstmorden auf 100 000 Einwohner, dann folgen Deutschland mit 23, Österreich mit 22, Frankreich mit 17, Estland mit 15, Schweden und Dänemark mit je 14, Finnland mit 11, Großbritannien mit 10, Italien mit 8, Holland mit 6, Norwegen mit 5 und Spanien mit 4 Selbstmorden auf 100 000 Einwohner. Als Hauptursachen werden angegeben materielle Not, Religiosität, Verzweiflung infolge unheilbarer Krankheiten usw. Die Selbstmorde aus Liebesverzweiflung sind in der Nachkriegszeit bedeutend zurückgegangen.

36,15 Knoten Stundengeschwindigkeit.

Der neue französische Kreuzer „Tourville“ schlug bei seiner Versuchsfahrt mit voller Maschinenstärke den von dem Schwerkreuzer „Equateur“ aufgestellten Weltrekord, indem er eine Stundengeschwindigkeit von 36,15 Knoten oder etwa 66 Kilometer erreichte. Die acht Heizkessel und die Turbinen erreichten die Stärke von 15 000 Pferden.

Wieder Erdstöße in Italien.

Montag nacht wurden in der Gemeinde Tolmeina wieder Erdstöße verspürt. Schwere Schäden wurden in Dordano und Tresaglie angerichtet.

Etwas besseres Ozeanmeter.

Wie aus Dublin berichtet wird, sind die Wetterverhältnisse im Augenblick etwas günstiger, doch erlauben die Umstände auf dem Flugplatz Baldonel noch keinen Startversuch.

Tödlicher Fliegerabsturz.

Ein englisches Militärflugzeug ist Montag in der Nähe von Colchester abgestürzt. Beide Insassen wurden auf der Stelle getötet.

Ein Hochzeitsauto verunglückt.

Beim Bahnübergang in Wolfshofen bei Zürich verunglückte ein Auto, das mit einer sechsköpfigen Hochzeitsgesellschaft besetzt war. Der Wagen überschlug sich, die Insassen wurden hinausgeschleudert. Die Braut erlitt leichtere Verletzungen, ihre Großmutter wurde so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Ein Hochzeitsgast wurde an der Wirbelsäule erheblich verletzt.

Ueberschwemmung in Kanada.

Infolge des Auftretens eines Eisblocks von 30 Fuß Stärke ist der Fluß Saskatchewan 30 Meilen südlich von Saskatoon (Alberta) über die Ufer getreten. Etwa 40 000 Acres bebautes Land sind überschwemmt. 29 Familien mußten ihre Häuser verlassen. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Ein eigener indischer Flugdienst.

Zwischen allen bedeutenden Punkten des Archipels wird ab 1. September d. J. eröffnet werden. Mit dem 1. Januar 1929 soll der Dienst eine weitere Ausbreitung erfahren.

Der Tower fällt.

Die Grundmauern des Towers von London beginnen zu sinken. In einem der neueren Gebäude sind Risse aufgetreten, die sich jedoch in der letzten Zeit nicht mehr erweitert haben. Das Sinken der Mauern findet besonders auf der der Themse zugekehrten Seite des Towers statt. In den meisten Gebäuden sind Spezialinstrumente aufgestellt worden, die die Bewegungen anzeigen.

Großer Petroleumbrand in Neuseeland.

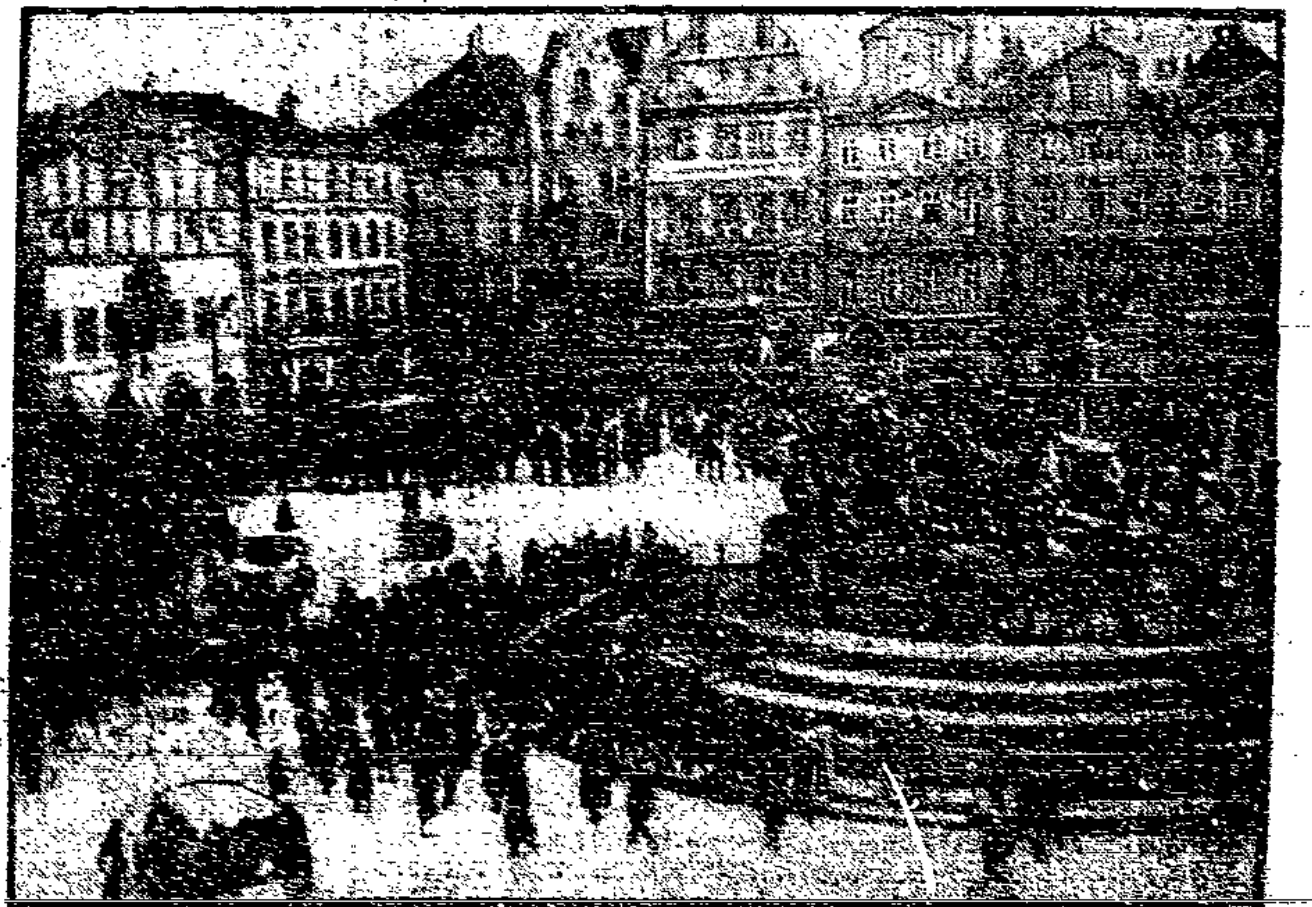
In Auckland (Neuseeland) steht ein großes Petroleumlagerhaus mit einer halben Million Gallonen Petroleum seit 24 Stunden in Flammen.

Eine halbe Million Brandschaden.

In Singapore ist Montag eine Gummifabrik, die dritte innerhalb eines Monats, niedergebrannt. Der Schaden wird mit 650 000 Mark veranschlagt.

Unruhen in Prag

In Prag fanden wegen Verschlechterung der Sozialversicherung Arbeiterunruhen statt. — Im Bilde: berittene Polizei geht gegen die Demonstranten vor. Rechts das Fuß-Denkmal auf dem Alstädter Ring.



Kleine Breslauer Nachrichten.

Die Tat eines Wüftlings. Am Sonntag nachmittag gegen 2 Uhr bemerkte eine Bewohnerin des Hauses Tauenhienstraße 119, als sie einen im Keller gelegenen Abort aufsuchen wollte, daß sich in dem Keller irgendeine Person etwas zu schaffen machte. Als sie nochmals zurückging, kam auch bald ein etwa 30 Jahre alter Mann aus dem Keller, der eilig das Haus verließ und sich in der Richtung nach dem Hauptbahnhof entfernte. Aus dem Keller wurde alsbald ein Wimmern vernehmbar und beim Abhören fanden Hausbewohner einen zweieinhalbjährigen Jungen in vollkommen starrtem Zustand, dem sämtliche Kleidungsstücke vom Leibe gerissen waren. Das Kind wurde in die nächste Polizeiwache geschafft, wo bereits bekannt war, daß ein Knabe aus der Augustastrasse als vermißt gemeldet worden war. Die benachrichtigten Eltern konnten das Kind als das ihrige identifizieren. Da der Knabe infolge der Starre seines Körpers nicht sprechen konnte und auch kaum irgendwelche Angaben machen konnte, wird erst eine ärztliche Untersuchung ergeben müssen, ob ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist.

Drei tödliche Straßenunfälle. Als am Sonntag, nach 17 Uhr, an der Ecke Lohse- und Gosthestraße der 25jährige Büroangestellte Richard Jahn, Lohsestraße 87 wohnhaft, auf einen fahrenden Straßenbahnzug der Linie 15 aufspringen wollte, mißglückte der Sprung, so daß Jahn stürzte, von dem Straßenbahnzug erfasst, überfahren und so schwer verletzt wurde, daß er auf der Stelle tot war. — Ein weiterer Unglücksfall, bei dem der 5 Jahre alte Knabe Rudolf Baras, Messergasse 16, sein Leben einbüßte, ereignete sich am Sonntag vormittag, nach 11 Uhr, auf der Freiheitsbrücke. Der Junge wurde von einer Kleinstraßenbahn umgerissen, überfahren und so schwer verletzt, daß im St. Josefstranthenhaus, wohin der Verunglückte sofort geschafft wurde, nur noch der Tod festgestellt werden konnte. — Ebenfalls einen tödlichen Ausgang hatte ein Straßenunfall, der sich am Sonntag mittag, gegen 12 Uhr, in der Gartenstraße ereignete. Die fünfjährige Frau Johanna Slowig, aus Zieserwitz, Kreis Neumarkt, die vom Hauptbahnhof kam, wurde von einem Straßenbahnzug umgefahren, schlug auf das Pflaster und erlitt einen Schädelbruch. Sie mußte in bedenklichem Zustand in das Allerheiligenhospital geschafft werden, wo sie bald nach ihrer Einlieferung ihren Verletzungen erlag.

In einer Gastwirtschaft gestorben. In einem Lokal in der Katharinenstraße ist am Sonnabend nachmittag eine 55 Jahre alte unbekannt Frau an einem Herzschlag gestorben. Da die Personalien der Verstorbenen nicht ermittelt werden konnten, wurde die Leiche in die Anatomie geschafft.

Beschlagnahme eines Automobils. Als am Sonnabend nachmittag in der Kaiser-Wilhelm-Straße ein Kaufmann aus Hirschberg mit seinem Kraftwagen einer Mann überfuhr und leicht verletzte, konnte bei der Personalien-Feststellung der Eigentümer und Führer des Wagens weder die Steuerkarte, noch die Zulassungsbescheinigung vorweisen, weshalb der Wagen von der Polizei beschlagnahmt wurde.

Schweres Automobilunglück. In der Nacht zum Montag, kurz nach 24 Uhr, ereignete sich an der Ecke Lessingstraße — Ohlauer Stadtgraben ein schwerer Automobilunfall. Ein Motorradfahrer drohte, in eine Kraftdroschke hineinzufahren, jedoch sah der Kraftdroschkenführer veranlaßt fühlte, auszuweichen. Der Zusammenstoß konnte jedoch nicht mehr verhindert werden. Der Kraftdroschkenführer erlitt einen Nervenschlag und schwere Verletzungen, der Motorradfahrer schwere Beinverletzungen. Das Auto, welches in ein Eckhaus hineingefahren war, wurde schwer beschädigt.

In den Stadtgraben gesprungen. Am Berliner Platz sprang am Sonntag morgen gegen 2 Uhr ein Mann aus der Blumenstraße in den Stadtgraben, um sich das Leben zu nehmen. Ein Straßenpassant, der den Vorfall bemerkte, rettete den Lebensmüden, der bereits das Bewußtsein verloren hatte und veranlaßte seine Einlieferung in das Allerheiligen-Hospital.

Aus dem Wahlkampf.

Vom Feinde Großkapitalismus wird berichtet:
Die Sozialdemokratie bereitet uns durch ständige Beschickung unserer Lügenfront große Schwierigkeiten. Der Abchnitt Deutschnationaler Kreisverein Münsterberg fordert neue Munition. 5 Pfennig pro Morgen wurden schon abtransportiert.

Bericht von der Sozialdemokratie:
Es wird starkes Heranbringen von Munition beim Gegner beobachtet. Merkt es euch, Genossen! Vergeht nicht, Munition heranzuschaffen. Es wird auf Sammelkästen gesammelt, Wahlsondemarken verkauft. Einzahlungen werden angenommen auf Postkassen-Konto Nr. 31 158, Robert Herrmann, Breslau I.

Zum Senatspräsidenten beim Breslauer Oberlandesgericht wurde Landgerichtspräsident Dr. Bedmann aus Hanau ernannt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Lieferkraftwagen und einem Radfahrer ereignete sich am Montag vormittag an der Ecke Höfchen- und Tauenhienstraße. Der Radfahrer, Lehrling Kurt Kunze, Wöjener Straße 75 wohnhaft, wurde vom Rabe geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt werden mußte.

Ein ehrlicher Posträuber. Am Montag nachmittag wandte sich ein 31 Jahre alter Postauswärtiger an einen Schutzpolizeibeamten mit der Bitte, ihn zu verhaften, da er Ende vorigen Jahres in Königschütze einige Postbeutel geraubt habe. Da der Mann ganz sinnlos betrunken war, schaffte ihn der Polizeibeamte in das Polizeigefängnis, wo er heute vormittag seinen Rausch noch nicht ausgeschlafen hatte.

In die falsche Adresse kam am Montag ein 20jähriger Artift, als er einen Mann in einer Gastwirtschaft in der Matthiasstraße zu einem gemeinsamen Einbruch einlud. Beide verließen das Lokal und auf der Straße gab sich der zur Mithelferschaft aufgeforderte Mann als Kriminalbeamter zu erkennen. Er durchsuchte den Artift, der ihn ins Vertrauen gezogen hatte, und da er verschiedene verdächtige Sachen bei sich hatte, nahm er ihn fest.

Verkauf von Wona-Karten auf Bahnhof Hirschberg. Die Reichsbahndirektion Breslau läßt versuchsweise von den nächsten Tagen ab an den Fahrkartenschaltern in Hirschberg (Siles.) Hbf. einige der bekannten „Wona-Karten“, die sich großer Beliebtheit erfreuen, verkaufen. Es sind dies gut überjährige Vegetarien in Postkartengröße im Maßstab 1:200 000, die zu dem billigen Preise von 15 Pf. abgegeben werden. Die Reichsbahndirektion hofft, damit einem Wunsche vieler Ausflügler entgegenzukommen.

Witterlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Die warme Witterung, die noch zu Beginn der neuen Woche den Subelenländern Temperaturen bis zu 23 Grad brachte, dürfte durch den Einbruch maritimer Polarluftmassen beendet werden. Wir haben daher einzelne Niederschläge und später wolkiges, teilweise aufheiterndes, kühleres Wetter zu erwarten.
Ausrichtung für das nächste Wochenende und Mittelzeitige: Nordwestwind, meist trübe, zeitweise Niederschläge, Abkühlung.
Ausrichtung für das nächste Wochenende: Nach West drehender Wind, neblig-trübe, zeitweise Niederschlag, kälter.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 2 Turnvereine, Abteilungs-Veranstaltung. Heute abend 8 Uhr bei Reich, Kallenstraße 15, Abteilungs-Veranstaltung.

Turner-Verband: „Die Naturfreunde“.
Freitag, den 6. April (Karfreitag): Arbeitstag in Zieserwitz. Da die meiste Arbeit schon am Sonntag geleistet wurde, muß unbedingt der Rest am Freitag ausgeführt werden, da noch Eltern mit den Bubenarbeiten besonnen sind und die Bubenarbeiten darauf warten. Abfahrt 8 Uhr, Hauptbahnhof nach Klein-Breslau. Treffpunkt für Radfahrer: 7 Uhr, Lecher Keller.
Dienstag, den 10. April: Zusammenkunft aller Teilnehmer nach Zieserwitz (Photoheim). — Mittwoch, den 11. April: Verhandlung (Photoheim). — Donnerstag, den 12. April, 20 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: **Wettbewerb**. 1. Vortrag des Gauobmanns Zimmer, 2. Lichtbilder-Vortrag („Die deutschen Naturfreunde-Häuser“). Für diesen Abend muß unbedingt gelorot werden, daß wir einen vollen Saal haben. Jeder bringt uns nabelebende Genossinnen und Genossen mit. Jeder helfe am Aufbau der Ortsgruppe mit.

Naturfreunde-Tanzkreis. Aktion! Allen Mitgliedern des „Volks-Tanzkreises“ zur Kenntnis, daß wir von nun an Donnerstags bis auf weiteres nicht mehr tanzen. Ueber Wiederbeginn unserer „Tanzabende“ bitten wir die Notigen unter „Arbeiter-Sport“ zu beachten. Die gesamte Leitung liegt in den Händen von Freund Erich Lidzba, Breslau 10, Kreuzburger Straße 18, III, welcher auch die Wiedereröffnung in die Wege leiten wird.

Naturfreunde, Jugendgruppe. Heute abend ist alles zum Singen in der Benderschule. Wir proben um Werberabend, morgen, Mittwoch, in der Benderschule Heimabend. Genosse Herbert Löbe liest vor.

Arbeiter-Radfahrer des Bezirks 1. Am Karfreitag, früh 9 Uhr, findet in Klein-Mohren (Sportplatz 2, 2B) eine Sitzung aller Saalportierer, welche am Bezirksfest teilnehmen, sowie aller Rennfahrer statt. Der Bezirksportauschuss.

Arbeiter-Radfahrer-Bereich Breslau. Karfreitag, 6. April, findet das Straßenrennen mit Ziel und Start Klein-Mohren statt. Abfahrt der Samariter um 5.30 Uhr, der Rennfahrer 6.15 Uhr vom Ring. — Donnerstag, den 5. April, Rennfahrer-Veranstaltung der 5. Abteilung bei Frau Klau, Uferstraße 28.

Arbeiter-Radfahrer-Bereich Breslau, 6. Abteilung. Unsere Veranstaltung findet bereits Donnerstag, den 5. April, abends 8 Uhr, im Lokal von M. Strähler, Huberstraße 115, statt.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Ortsgruppe Friedewalde. Freitag, den 6. April, 17 Uhr (5 Uhr nachm.): Vereinsabend in „Sängerlust“. Pflicht aller Genossinnen und Genossen ist zu erscheinen. — Sonntag, den 8. April, früh 6.30 Uhr: Austragung der Vereinsmeisterschaft auf der Strecke Hundsfeld-Weigelsdorf-Dels-Sibyllenort-Hundsfeld. Ziel Hundsfeld. Kilometerstein 8.5. Anschließend Vereinsausfahrt.

Arbeiter-Radfahrer-Bund, Bezirk Breslau. Freitag, den 6. April (Karfreitag), 9 Uhr vormittags, im Gewerkschaftshaus: Bezirks-Vierteljahresversammlung. Kautionsfälle müssen beim Bezirksführer vorher beglichen werden.

Arbeiter-Radfahrer-Bund, 1. Bezirk, Bogen. Der Kampfrichter-Kursus am Donnerstag, den 5. April, fällt aus. Donnerstag, den 12. April, 20 Uhr, Waterloo-Schule, erster Kampfrichter-Abend mit Vortrag über das Bundesreglement. Zu erscheinen haben die Kampfrichter und alle Boxer und Anfänger. Alle technischen Leiter der Vereine werden erjucht, dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder, die Interesse am Bogen und am Kampfrichter-Kursus haben, auch tatsächlich erscheinen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. Den Bezirksvereinen zur Kenntnis, daß unter 1. Vorsitzender sein Amt niedergelegt hat. In seine Stelle wurde Kollege Wirtach gewählt. Alle Schriften sind an die Adresse Adolf Wirtach, Unterlindenstraße 16, zu richten. Die Adresse des Technischen Leiters ist Alfred Lichnerke, Uferstraße 13.

Ägypten in Breslau

Das ägyptische Klima ist für das zarte Aroma des Orienttabaks am günstigsten. Um dieses Aroma unseren Cigaretten zu bewahren, schufen wir eine Anlage, die in sämtlichen Fabrikations- und Packräumen auf künstlichem Wege ägyptisches Klima herstellt. So bleibt die süß milde Frische des köstlichen Orienttabaks erhalten.

HALPAUS

MOCCA



5 Pfg

Soziales.

Sind die Ersatzkassen ein schädliches Gebilde in der Sozialversicherung?

(Schluß.)

11. Die Ortskrankenkassen hatten im Reichsdurchschnitt nur 8,7 Prozent Verwaltungsstellen, die Ersatzkassen hatten aber 12-15 Prozent für Verwaltungsausgaben.

12. Die Ersatzkassen wirkten im Beitragsverfahren unsozial. Die niedrig Entlohnerten müssen prozentual die höchsten Beiträge zahlen.

13. Jede Ersatzkasse, sie mag heißen wie sie will, leistet weniger als eine mittlere Ortskrankenkasse.

14. Die Verwaltung der Ortskrankenkassen wähle n sich die über 21 Jahre alten Mitglieder in gleicher, geheimer, direkter Wahl. Bei den Ersatzkassen ist das Selbstverwaltungsrecht befristet.

15. Die Ersatzkassen sind kapitalistische Unternehmungen, die Pflichtkassen hingegen öffentlich-rechtliche Institute.

16. Gerichtsstand der Ersatzkassenmitglieder größtenteils am Sitz der Hauptverwaltungsstelle. Gerichtsstand bei den Pflichtkassen der Ortskrankenkassen am Wohnort der Versicherten.

17. Das Gerichtsverfahren kostet bei Ersatzkassenmitgliedern von Anfang an Geld, der Versichertete der Orts- bzw. Pflichtkasse hat das Gerichtsverfahren kostenlos.

Damit die Ersatzkassen sich halten können, werden landerbare Werbemethoden angewandt. So vergütet z. B. die Lichterfelder Ersatzkasse ihren Werbegentzen

1. eine Provision von 30 Pfg. pro Kopf,
2. 1 Prozent des Beitrags für die Einmahlung der Beiträge als laufende Provision.

3. einen Bierabend mit Eisbeinen für den gesamten Betriebsrat, wenn er zu Wege bringen sollte, das die Befreiung des Betriebes in die Lichterfelder Kasse übertritt.

Die Ersatzkasse für Kaufleute und Privatbeamte Deutschlands in Barmen, hat in einem Rundschreiben vom 21. August 1927 an ihre Werbegentzen folgende Prämien ausgeschrieben:

das Interesse der Werber soll dadurch erhöht werden, daß außer der üblichen Werbegütung eine einmalige Werbungsprämie von 1500 Mark ausgesetzt wird, die im Verhältnis zu der Zahl der Mitglieder, die geworben wurden, zur Verteilung kommen soll. Diefelben Bewerber, die in der Zeit vom 1. September bis einschließlich 30. November 1927 die meisten neuen Mitglieder zugeführt haben, erhalten je nach Zahl der gewonnenen Mitglieder folgende Prämie:

1. Prämie à 500 Mark,
1. " " à 300 "
2. Prämien à 150 "
2. " " à 100 "
4. " " à 50 "

Das auch gleichzeitig die Barmer Ersatzkasse gegen die Deutschnationale Ersatzkassen vorgeht und den Nachweis führt, daß die Deutschnationale Ersatzkassen weniger leidet als die Barmer Ersatzkassen sei nur nehmlich bekanntzugeben.

Daß die Ortskrankenkassen erheblich vorteilhafter für die Versicherten arbeiten, wird durch den Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Erdmann, in einer Rede zugegeben, die er am 6. Dezember in einer Vertragsverhandlung des Kartells der Arbeitgeberverbände in Darmstadt hielt. Er betonte:

„daß er objektiv genug sei, anzuerkennen, und in diesen Kreisen wolle er dies besonders hervorheben, daß die Vorwürfe, die den Ortskrankenkassen wegen zu hoher Verwaltungsausgaben gemacht wurden, unberechtigt seien. Man müsse im Gegenteil anerkennen, daß die Verwaltungskosten sich prozentual gegen die Vorkriegszeit nicht erhöht hätten.“

Vielfach sind die Arbeitgeber gar nicht richtig im Sinne über die Höhe der Beiträge der Ersatzkassen. Sie sind der Meinung, billiger wegkommen, wenn ihre Angestellten bei der Ersatzkasse Mitglied geworden sind. Das trifft auf keinen Fall zu. Die Arbeitgeber müssen stets den vollen Beitragsanteil den Beschäftigten auszahlen, den sie sonst an die Krankenkasse abzuführen hätten. Sie haben ohne Rücksicht auf die Höhe der Beiträge zur Ersatzkasse stets denjenigen Beitragsatz zu zahlen, der von der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Bezirks, in dem der Arbeitgeber seinen Sitz hat, erhoben wird. Die Arbeitgeber haben daher das größte Interesse, daß aus der Allgemeinen Ortskrankenkasse möglichst wenig Austritte erfolgen und die guten Versicherungsregime in derselben verbleiben.

Damit kommt die Allgemeine Ortskrankenkasse recht bald in die Lage, im Interesse der Arbeitgeber und Versicherten die Beiträge wieder herabzusetzen zu können.

Die Arbeitgeber müssen aber auch besonders Vorzicht gegenüber den Ersatzkassen anwenden. Die Vertreter der Ersatzkassen arbeiten in der Weise, daß sie sich Abmeldeformulare bei der Ortskrankenkasse holen, damit in die einzelnen Geheime gehen, die Berichten selbst in die Ersatzkassen aufnehmen und zugleich die Abmeldungen ausfüllen und von den Arbeitgebern oder ihren Vertretern unterschreiben und

empfehlen lassen. Damit wird ein unfreiwilliger Uebertritt der in der Pflichtkasse Versicherten in die Ersatzkasse hervorgerufen. Das kann zu großen Unannehmlichkeiten für die Arbeitgeber führen. Vom Versicherungsamt des Kreises Randow in Stettin ist z. B. am 20. Januar 1926 (Protokoll A 110/25) ein Arbeitgeber, der widerrechtlich seine Beschäftigten zu der betreffenden Kasse angemeldet hatte, verurteilt worden, sämtliche Versicherten wieder bei der zuständigen Kasse anzumelden. Außerdem aber mußte der Arbeitgeber aus eigenen Mitteln sämtliche Kassenbeiträge nachzahlen.

Ein besonderes Vorkommnis wandte die Ersatzkasse bei Erhebung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung an. Nach § 507 der RVO. wird bestimmt, daß der tägliche Grundlohn in der Mitte zwischen dem gesetzlichen Mindestlohn und dem höheren, tatsächlichen Arbeitsverdienst liegen muß. Damit haben die Ersatzkassen erreicht, daß nach einem so ermittelten Grundlohn die Erwerbslosenbeiträge berechnet werden. Bei der Festsetzung der eigenen Beiträge aber ließen sie diesen Grundlohn völlig außer Betracht, sie gingen vielmehr hierbei klar erkennbar von Lohnlisten aus. Damit war der Zweck erreicht, die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung niedrig zu halten. Sie haben wohl dadurch die Arbeitgeber beeinflussen können, aber schädigten die Erwerbslosenfürsorgeeinrichtung. Seit dem 1. Oktober 1927 wird für die Zugehörigkeit zu den einzelnen Lohnklassen das Arbeitsentgelt als maßgebend bezeichnet, das der Arbeitslose im Durchschnitt in den letzten drei Monaten, in denen er noch arbeitete, bezogen hatte.

Wenn man auch damit den Arbeitgeber verlockt, für die Ersatzkassen einzufangen, so ist doch aber dieses Vorgehen sehr bedenklich und macht die Arbeitgeber sowie die Versicherten zur größten Verächt.

Kein Genosse darf fehlen!

Wo?

Donnerstag, den 5. April
abds. 6 Uhr, in seinem Distriktslokal
zur Empfangnahme der
Wählerzeitung!

Die Zeitung muß auf jeden Fall am Donnerstag
und Freitag verteilt werden.

Der größte Teil der Ersatzkassen hat heute noch nicht in ihren Satzungen die Vollziehung angenommen, wonach die Zahlung der Beiträge während der Dauer der Arbeitsunfähigkeit und die Ersatzkassen haben aber nach § 553 der RVO. diese Vergütung der Versicherten ohne weiteres eingeräumt. Die Ersatzkassen können aber die Einführung einer solchen Bestimmung für die Versicherten ab. Den Schaden haben natürlich die in solchen Ersatzkassen gebildeten Versicherten selber zu tragen.

- Was wird nun mit den Ersatzkassen erreicht?
1. Die Klaffenhebung in der Krankenversicherung.
 2. Man schafft Beamten-, Angestellten- und Arbeiterkassen.
 3. Man erhebt das soziale Prinzip in der Sozialversicherung, das auf der Hilfe des Stärken dem Schwachen gegenüber in Krankheitsfällen basiert.
 4. Man will die Ortskrankenkassen zu Kernen der Unbemittelten reproduzieren.

Die Wirtschaft klagt über hohe soziale Löhne und neue Löhne werden von Pflichtkassen aufgelegt. Wir haben uns sehr zu überlegen, ob wir in Zukunft bei der anhaltenden Verteuerungsgangigkeit in der Sozialversicherung nach die vorzüglichen Gesundheitsmaßnahmen werden helfen. Wir, die Vertreter der Ortskrankenkassen, sollen die Inanspruchnahme der Beschäftigten, die die Krankheitskosten, Arbeitsunfähigkeit und andere soziale Einrichtungen nicht zur Verfügung stellen. Die Ersatzkassen haben für diese Zwecke bis heute so gut wie nichts geleistet, nur die Vertreter der gesetzlichen Pflichtkassen bringen große Vork.

Im Jahre 1924 haben 25 Ortskrankenkassen für Kinder in Sargenbeständen, Kränkelbetten, Krankenbetten, Krankenwagen und anderen Sachen 200.000 Reichsmark verausgabt. Es bleibt uns ein Rest! Die Ersatzkassengebilde werden an der Größe ihrer Mittelverhältnisse zugrunde gehen. Die Versicherten, die den Versicherten beim Eintritt in die Ersatzkassen gemacht werden, können nicht gebildet werden. Die Kranken-

heit wird dadurch in die Kreise der Ersatzkassenmitglieder getragen, Austritte erfolgen in Massen — sie sind jetzt schon teilweise zu verzehren — und die notwendige Folge: die Ersatzkassen werden wieder zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt.

Die Ersatzkassengebilde sind das Unkraut im Garten der Sozialversicherung. Sie sind Schmarotzerpflanzen, die am Stamm der leistungsreichen Pflichtkassen saugen. Es ist höchste Zeit, daß nun die Säuberungsarbeit beginnt, damit der Blick des warmherzigen Sozialpolitikers durch diese Wucherpflanzen nicht beeinträchtigt wird.

Dieses Ziel kann aber nur durch ständige Aufklärung seitens der Ortskrankenkassenvertreter gegenüber den Versicherten erreicht werden. R. P.

Genossenschaftswesen.

Berufszugehörigkeit der Konsumgenossenschaftler.

Die in der Veröffentlichung begriffenen Jahresfeststellungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1927 sind in vieler Hinsicht interessant und wissenswert. Das gilt auch für die bei Schluß der Geschäftsjahre der angegliederten Konsumvereine ermittelte Berufszugehörigkeit der Mitglieder. Die Berufstatistik erstreckt sich auf 2.883.000 Mitglieder der bestehenden Vereine. Von diesen waren 2.356.000 männlichen Geschlechts. Die stärkste Gruppe bilden die gegen Gehalt oder Lohn Beschäftigten Personen in gewerblichen Betrieben mit 1.970.000 oder 68,29 Prozent der zur Berufstatistik bestehenden Mitglieder. Die nächststärkste Gruppe bilden die Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.) mit 323.000 oder 11,21 Prozent der Mitgliedschaft. Hierauf folgt die Gruppe der Angehörigen der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte mit 267.000 oder 9,25 Prozent der zur Berufstatistik bestehenden Mitglieder. Die Landwirtschaft ist mit 170.000 Personen oder 5,90 Prozent vertreten. Selbständige Gewerbetreibende waren 155.000 oder 5,36 Prozent vorhanden. In der Berufszugehörigkeit sind gegenüber dem Vorjahre verhältnismäßig geringe Veränderungen vorhanden. Gegenüber dem letzten Friedensjahre hat der Anteil der gegen Gehalt oder Lohn in gewerblichen Betrieben Beschäftigten Personen um 10,42 Prozent zugunsten der übrigen Gruppen abgenommen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine

hat seinen 25. ordentlichen Genossenschaftstag am 11., 12. und 13. Juni 1928 nach Dresden (Ausstellungspalast, Linnestraße) einberufen. Die Tagesordnung ist in der „Berufsgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 13. veröffentlicht; sie umfaßt die Berichte des Vorstandes und des Ausschusses, Vorträge über das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“, konsumgenossenschaftliche Druckerzeugnisse, die genossenschaftliche Fleischversorgung, internationale genossenschaftliche Angelegenheiten, das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen und den Bericht über die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sowie eine Reihe geschäftlicher Fragen. Die Festrede zur Feier des 25jährigen Bestehens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hält Heinrich Lorenz. — Im Anschluß an den Genossenschaftstag findet die 16. ordentliche Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt.

Politische Händlergenossenschaften im Wahlkampf.

Die Gegner der Konsumvereine lieben es, diesen den erlogenen Vorwurf zu machen, sie seien die „Geldgeber“ der sozialdemokratischen Parteien. Bisher ist es noch keinem der Behauptungen gelungen oder gar gelungen, einen Beweis für solche Behauptungen zu bringen. Umgekehrt liefern gerade jetzt die Konsumvereinsgenossenschaften: Genossenschafts-Organisationen der Händler den Beweis, daß sie keine Bedenken tragen, in Verbindung der Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes Gelder der Genossenschaften für parteipolitische Zwecke zu verwenden.

Die Zentralorganisation des „Cedeta“-Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften veröffentlichten einen „Aufruf zum Wahlfonds“, aus dem hervorgeht, daß der Generatrat die Meinung vertritt, daß „der „Cedeta“-Verband sich mit allem Nachdruck für eine Unterstützung derjenigen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien einzusetzen habe, die aus unierem Brunslande kommen und an ausführender Stelle auf die Wahlliste gesetzt werden.“

Der Generatrat ruft alle Mitglieder zu freiwilligen Leistungen zum Wahlfonds in Höhe von 10 Pfennigen je Mitglied und Monat auf und will den Genossenschaften eine Rechnung über 1,20 Mark je Einzelmitglied einreichen. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Wir dürfen dabei die Hoffnung aussprechen, daß die Genossenschaften sich freiwillig bereit finden werden, Spenden über diesen Betrag hinaus für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß aus dem Wahlfonds des „Cedeta“-Verbandes alle diejenigen bürgerlichen Parteien Zuwendungen erhalten sollen, die sich bereit erklären, Kandidaten aus dem Berufsstande des Kolonialwaren- und Feinstoffeinzelhandels an ausführender Stelle auf die Wahllisten zu setzen.“

Damit ist offen erklärt, daß Gelder der „Cedeta“-Händler-Genossenschaften für parteipolitische Zwecke geleistet werden sollen.

Jeder soll zu Ostern wissen







beige-rot, spitz 11.50
Modell 11

schwarz, rot 12.50
L.V.-Abz. 12

braun-rot, spitz 16.50
schwarz, rot 16.50
Modell 16

braun-rot, spitz 11.90
weiß gedoppelt 11

Lackputzschuh in spitzer Ausführung 8.90

Lackputzschuh mit Wildleder-Spange in grau-rot oder schwarz L.V.-Abz. 10.90

Beige-rot, mauve oder braunrot, dunkelrot Spangenschuh mit L.V.-Abz. 12.90

Lackputzschuh in spitzer Ausführung, weiß gedoppelt 12.90

Brauner Herren-Schuh, schick, gelb Klettband 16.90

Brauner Herren-Halb-schuh, echt Klettband 16.90

Brauner Herren-Schuh, schick, echt Klettband 22.90

Original-Goodyear-Web 22

Federstark Kinorumpfen-schuh, braun, beige, grau oder mauve, Größe 25 26 27, Größe 21 22 4.90

Maive echt Cherrrose, Größe 25 27 mit Heel 4.40 Größe 18 20 3.90

Livara-Strümpfe für alle Frühjahrszeiten, garantiert erste Wahl

Tack & Co AG

Vertriebsstellen
Cottbus, Tack & Co. G. m. b. H. Breslau Ohlauer Straße 15
Reuschestraße 47/48